

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

4 (12.3.1946)

Badische Landesbibliothek



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 1 b bis 5, Telefon 4051 bis 4053. — Bezugsangaben für Pflanzheim (Ebersteinstr. Nr. 8) und Bruchsal (Schönbornstr.)
1. Jahrgang Karlsruhe, Dienstag, 12. März 1946 Nummer 4 Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Nonparelletze RM 2.—, in den Bezugsausgaben RM 1.—, Amtliche Anzeigen je w. die Hälfte.

Entlassung polit. einwandfreier Kriegsgefangener

Frankfurt, 11. März. (DANA) Vom 1. Oktober 1946 an wird es in der amerikanischen Besatzungszone keine Kriegsgefangenen mehr geben. Wie das amerikanische Hauptquartier bekannt gab, werden alle Kriegsgefangenen bis zum 1. Oktober noch einmal politisch überprüft und dementsprechend in verschiedene Gruppen eingeteilt. Alle politisch einwandfreien Gefangenen sollen dann entlassen werden, während die übrigen Gruppen als Zivilinternierte nach den für Personen unter automatischen Arrest geltenden Bestimmungen weiterhin in amerikanischem Gewahrsam bleiben.

Gegen die Lebensmittelkrise

Washington, 11. März (DANA) Die riesigen Anstrengungen der Vereinigten Staaten, dem Lebensmittelmangel in der Welt zu begegnen, umriß der amerikanische Landwirtschaftsminister Clinton P. Anderson auf einer Konferenz von 38 Vertretern der Lebensmittel-Industrie der USA.

Die Versorgungslage in Nord-Württemberg

Infolge der ungeklärten Währungsfrage ist, einer Stuttgarter DANA-Meldung zufolge, eine allgemeine Zurückhaltung bei Verkäufen von Vieh und anderen landwirtschaftlichen Produkten zu beobachten, so daß die Lage auf dem Fleischmarkt schwierig geworden ist und in einigen Fällen Zwangsmaßnahmen ergriffen werden mußten, stellt der Pressereferent des württembergisch-badischen Staatsministeriums in einer Verlautbarung fest.

Deutschlands Ernährungsfrage

London, 11. März (DANA) Der Leiter des britischen Kontrollamtes für Deutschland und Oesterreich, Staatsminister Hyde, erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage über die Ernährungsfrage in Deutschland, daß eine zusätzliche Weizenmenge von 1 1/2 Millionen Tonnen nötig gewesen wäre, um die bisherigen Rationen in der britischen Besatzungszone Deutschlands aufrechtzuerhalten.

Aus aller Welt

Washington. In einer Note an die sowjetische Regierung fordern die USA die Zurückziehung der sowjetischen Truppen aus dem Iran.
Washington. Präsident Truman erklärte auf einer Pressekonferenz, daß die USA es nicht zulassen werden, daß die Vereinten Nationen in ihrer Arbeit scheitern. Er glaube auch nicht, daß Rußland eigene Wege gehen werde.
Richmond (Virginia). In einer Rede vor dem Parlament Virginias trat Churchill erneut für ein englisch-amerikanisches Bündnis ein, „nicht zum Schaden anderer, sondern zur Verteidigung unserer Ideale“.

Hamburger Giftgasprozeß

Zwei Todesurteile gefällt
Hamburg, 11. März. (DPD) Der Hamburger Giftgasprozeß endete am Montag mit der Verurteilung des Kaufmanns Dr. Bruno Tesch und seines Prokuristen Karl Weinbacher zum Tode durch Erhängen. Der dritte Angeklagte, der Technische Direktor Dr. Joachim Drosihn, wurde freigesprochen.

Ernährungskonferenz

London, 11. März. (AP) Die Wirtschaftsminister fast aller europäischen Länder werden am 3. April zu einer Konferenz in London zusammentreffen, auf der Maßnahmen zur Verhütung einer Hungersnot in Europa

Sehr richtig I

Coburg, 11. März. (DANA) Die „Neue Presse“ veröffentlicht einen Artikel, in dem es heißt: „Die Brandstiftung im Reichstag war das erste große Kardinalverbrechen der Nazis. Es wäre logisch und nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber dem Teil des deutschen Volkes, der gegen den Faschismus einen so schweren und opfervollen Kampf geführt hat, wenn dieser Göring in Nürnberg ausdrücklich auch wegen seiner Brandstiftung von deutschen Anklägern und im Namen des deutschen Volkes gerichtet würde.“

England protestiert in Moskau

London, 11. März. (DANA) Der britische Geschäftsträger in Moskau, Frank Roberts, ist laut BBC angewiesen worden, der Sowjetregierung eine Note der englischen Regierung auszuhandigen, in der gegen die Beschlagnahme industrieller Einrichtungen in der Mandschurei Protest erhoben wird.

Letzte Neuigkeiten

London, 12. März. (INS) Churchills Rede in Fulton wird zu einer Debatte im britischen Unterhaus führen, nachdem 26 Parlamentsmitglieder eine solche öffentliche Ansprache verlangt haben. Die Abgeordneten erklärten, daß die Vorschläge Churchills die guten Beziehungen zwischen Großbritannien, Amerika und Sowjetrußland beeinträchtigen.

Nürnberger Prozeß

Die Verteidigung hat das Wort

„Göring nie für den Krieg!“

Nürnberg, 11. März. (DANA) In der Freitagvormittagsitzung des Nürnberger Prozesses begann die Verteidigung mit der Vorlage ihrer Beweisführung. Als erster Anwalt wird Dr. Otto Stahmer, der Verteidiger des Angeklagten Göring, die gegen seinen Mandanten erhobenen Anschuldigungen zu entkräften suchen.

England protestiert in Moskau

London, 11. März. (DANA) Der britische Geschäftsträger in Moskau, Frank Roberts, ist laut BBC angewiesen worden, der Sowjetregierung eine Note der englischen Regierung auszuhandigen, in der gegen die Beschlagnahme industrieller Einrichtungen in der Mandschurei Protest erhoben wird.

Amerikanische Militärregierung

Sitzverlegung nach Berlin
Frankfurt, 11. März (DANA) Das Amt der amerikanischen Militärregierung für Deutschland (Omgug) mit dem Sitz in Berlin wird ab 1. April die Funktionen des Amtes der Militärregierung für die amerikanische Zone übernehmen, gab das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa bekannt.

England protestiert in Moskau

London, 11. März. (DANA) Der britische Geschäftsträger in Moskau, Frank Roberts, ist laut BBC angewiesen worden, der Sowjetregierung eine Note der englischen Regierung auszuhandigen, in der gegen die Beschlagnahme industrieller Einrichtungen in der Mandschurei Protest erhoben wird.

Letzte Neuigkeiten

London, 12. März. (INS) Churchills Rede in Fulton wird zu einer Debatte im britischen Unterhaus führen, nachdem 26 Parlamentsmitglieder eine solche öffentliche Ansprache verlangt haben. Die Abgeordneten erklärten, daß die Vorschläge Churchills die guten Beziehungen zwischen Großbritannien, Amerika und Sowjetrußland beeinträchtigen.

zeichnet ein Telegramm geschickt. Da der „Führer“ nun keine Handlungsfreiheit mehr habe, werde er, Göring, nun handeln. Er sei daraufhin durch ein SS-Kommando auf dem Obersalzberg verhaftet worden.



Die Angeklagten besprechen sich mit ihren Verteidigern

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Göring führte Dr. Stahmer sodann den früheren persönlichen Adjutanten von Hermann Göring, den General der Flieger Karl Heinrich Bodenschatz vor.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Bodenschatz sagte aus, daß Göring, „seiner ganzen inneren Einstellung und Wesensart entsprechend“, nie für den Krieg gewesen sei. Er habe auch seit dem Frühjahr 1943, als die Großangriffe der englischen Luftwaffe gegen Deutschland begannen, keinerlei Einfluß mehr auf den „Führer“ gehabt.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Der Zeuge kennt Göring bereits seit dem Jahr 1918, als beide dem Jagdgeschwader 101 angehörten. In der Zeit von Ende des ersten Weltkrieges bis zur „Machtergreifung“ der Nazis sah der Zeuge den Angeklagten des öfteren in Nürnberg, wo Bodenschatz Kompaniechef eines Infanterieregiments war und Göring ihn „zur Pflege kameradschaftlichen Beisammensens“ besuchte. Im Jahre 1933 wurde Bodenschatz dann Adjutant von Göring und war von da an fast ständig mit ihm zusammen.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Auf die Frage des Verteidigers von Göring, Dr. Stahmer, was der Zeuge über die Verhaftung Görings wisse, antwortete Bodenschatz, daß er nicht dabei gewesen sei. Man habe ihm aber erzählt, Göring hätte im Frühjahr 1945 an den „Führer“ (wie Bodenschatz Hitler immer noch be-

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

zeichnet ein Telegramm geschickt. Da der „Führer“ nun keine Handlungsfreiheit mehr habe, werde er, Göring, nun handeln. Er sei daraufhin durch ein SS-Kommando auf dem Obersalzberg verhaftet worden.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Über die Judenprogramme im November 1938 habe Göring nichts im voraus gewußt, erklärte der Zeuge weiter, vielmehr sei er, als er von den Vorkommnissen erfuhr, „sehr bestürzt“ gewesen, er habe die Vorfälle sehr verurteilt und sich sogar bei Hitler darüber beschwert. Über die angebliche Friedensliebe Görings sagte der Zeuge folgendes aus: Ende August 1939 habe Göring bei einer Besprechung in der Nähe von Husum, bei der außer Göring und Bodenschatz der Schwede Birger Dählerus und sechs bis acht englische Wirtschaftsführer anwesend waren, erklärt, daß die politischen Spannungen, die zwischen Deutschland und England herrschten, keinesfalls verschärft werden dürften. Deutschland und Europa hätten das größte Interesse an Bestehen des englischen Empires und, er, Göring, werde seine ganze Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen. Vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion habe Göring Hitler Stellen aus dessen Buch „Mein Kampf“ vorgehalten, erklärte der Zeuge, in denen Hitler über die Gefahren des Zweifrontenkrieges sprach, da England, „das schon fest am Boden liegt nun aufstehen und neue Kraft schöpfen wird“.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Zu den ersten Rückschlüssen im Auslande habe Göring nach der Aussage des Zeugen gesagt: „Adolf Hitler hat zwar Rückschlüsse vorausgesetzt — aber mit solchen Rückschlüssen hat er nicht gerechnet.“ Haben sich Angehörige von KZ-Häftlingen an Göring um Intervention gewandt? fragte der Verteidiger Görings den Zeugen Bodenschatz.

Als erster Entlastungszeuge der Verteidigung

Der Zeuge erklärte, daß solche Geschehnisse an den „Reichsmarschall“ gerichtet wurden, daß aber nur ein geringer Teil davon, nämlich die von Luftwaffenangehörigen, durch seine Hände ging. „In allen Fällen, die ich bearbeitete, konnte geholfen werden“, be-

Der falsche Weg

Von Walter Schwerdtfeger

Drei prägnante Erklärungen liegen uns vor. Zu dem Berliner Beschluß, eine Vereinigung von KPD und SPD herbeizuführen, sagte der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, am 2. d. Mts. unter anderem, den Kommunisten falle die große Aufgabe zu, gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Politik und der Kultur die Initiative zu ergreifen und eine völlige innere Verschmelzung herbeizuführen. Die Sozialistische Einheitspartei müsse zur Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Dr. Kurt Schumacher, der in Berlin erneut entschieden gegen die Fusion auftrat, betonte, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands habe praktisch aufgehört zu existieren und die Bildung einer unabhängigen illegalen SPD im östlichen Gebiet sei nicht ausgeschlossen. Der Vorsitzende des Zentralkomitees der SPD in Berlin, Otto Grotewohl, schließlich opponierte gegen Dr. Schumacher, der prophezeie und seine Auffassung auf die Zustände vor 1933 gründe. Beide Kontrahenten der geplanten Einheitspartei hätten ausdrücklich erklärt, daß die neue Partei eine deutsche Politik mit deutschen Methoden unter Berücksichtigung der deutschen Interessen durchführen werde. Eine etwas seltsame Formulierung. Kann man sich auch eine deutsche Politik ohne Berücksichtigung der deutschen Interessen vorstellen?

Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede. Dr. Schumacher, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck sind zu Wort gekommen. „Wer da recht hat, weiß ich nicht“, mag mancher zu denken versucht sein, weil auf den ersten Blick jeder recht zu haben scheint. Wer es wirklich hat, ist un schwer zu entscheiden.

Auf die Verhältnisse vor 1933 und namentlich auf die Situation kurz vor dem 30. Januar 1933 nochmals einzugehen, unterlassen wir. Es haben sich in größerem oder in kleinerem Maße, alle der damaligen Parteien einiges vorzuwerfen. Gehen wir davon aus, daß SPD und KPD bei manchem Trennendes vieles Verbindende haben. Darum ist der Zwist zwischen ihnen tief bedauerlich. Umso mehr dann, wenn man ein Mißtrauen da, gegen für unangebracht halten will, daß es auch der KPD mit einer deutschen Interessen dienenden Politik mit deutschen Methoden ernst sei. Was jetzt in Schöneberg im Monat März geschah, erweckt in Politik und Methode allerdings alles andere als den Eindruck deutscher Politik mit deutschen Methoden. Ganz im Gegenteil. (Vgl. „Verschwörung zerschlagen“ an anderer Stelle.) Selbst aber, wenn man im Lager der KPD in ihr und der SPD zuzugewandene Zwillinge sehen will, wird man dort doch nicht verlangen dürfen, daß sie sich im Tun und Lassen absolut gleich zu verhalten hätten. Dies Erkennen des Unterschiedes zwischen beiden Parteien dokumentiert sich in der Entscheidung der Wähler. Die große Mehrzahl der Arbeiterschaft steht, wie das Kräfteverhältnis beider Parteien beweist, nicht hinter der KPD, sondern der SPD. Wobei, was die westliche Zone anbelangt, auch der geringste Verdacht eines etwaigen mehr oder weniger sanften Druckes auf die Wähler hinfallig ist. Wäre bei der Wählerschaft das Verlangen nach der Sozialistischen Einheitspartei vorhanden oder gar brennend, so hätte sich das in den Wahlergebnissen ausgedrückt. Da es nicht geschah, erhebt sich die Frage: Warum die Verschmelzung?

Die SPD in den drei westlichen Besetzungszonen Deutschlands steht, sieht man von unwesentlichen Ausnahmen ab, geschlossen hinter Dr. Kurt Schumacher. Die Berliner Parteileitung kann sich auf eine gleiche oder ähnliche Einmütigkeit der „östlichen“ SPD nicht nur nicht berufen, sondern sie handelt vielmehr gegen den Willen der Großberliner Mitglieder. Die Tagung im Berliner Admiraipalast zeigte, daß von 1500 Funktionären nicht weniger als 1450 sich gegen die Verschmelzung erklärten. Die Durchführung des Vereinigungsbeschlusses ist auf starke Schwierigkeiten gestoßen. Dr. Schumachers als Prophezeiung ironisierte Voraussage hat sich damit bestätigt. Die Forderung nach einer Urabstimmung ist erhoben worden. Trotz der Widerstände hat man damit zu rechnen, daß die Vereinigung der SPD und KPD in der östlichen Zone Tatsache werden wird. Mit dem Ergebnis, daß es dann praktisch keine Sozialdemokratische Partei Deutschlands mehr, sondern nur eine „westliche“ Sozialdemokratische Partei mit der Tradition der deutschen Sozialdemokratie, eine „östliche“ Sozialistische Einheitspartei unter kommunistischer Führung und voraussichtlich eine illegale Sozialdemokratische Partei in der östlichen Zone geben wird. Ein Resultat, das keine Stärkung, sondern das Gegenteil bedeutet. Die so zustande kommende Sozialistische Einheits-

partei, die keine ist, kann — im Gegensatz zu Wilhelm Piecks Worten — niemals die Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Diese Aufgabe würde nur die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erfüllen können, die einem einheitlichen Beschluß ihr Entstehen verdankte.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Vorwurf der Abhängigkeit gegen die KPD und das aus ihm resultierende Mißtrauen berechtigt sind. Die Tatsache des Bestehens dieses Mißtrauens aber kann von der KPD nicht bestritten werden. Wäre es nicht besser und dem Gedanken einer Sozialistischen Einheitspartei diehlicher gewesen, die KPD hätte bewiesen — durch eine längere Zeit geführte, den deutschen Interessen dienende Politik mit deutschen Methoden —, daß Mißtrauen ihr gegenüber nicht am Platze ist? Warum das Drängen nach einer Verschmelzung, die nur aus einer gesunden, fruchtbaren Opposition einschließlich der Entwicklung einer Zusammenarbeit beider Parteien hätte reifen können. Ein Drängen, das einen Zwist schuf zwischen zwei Parteien, die sich ergänzen sollten in ihrer Wachsamkeit und in ihrem Ringen um die Durchsetzung des neuen demokratischen Deutschland. Das wäre der ein-

Überprüfung verhafteter Nazis

Frankfurt, 11. März. (DANA) Das amerikanische Hauptquartier hat eine Verfügung herausgegeben, nach der bestimmte Gruppen von Personen von der aus Grund eines früheren Befehls erlassenen automatischen Festnahme ausgeschlossen werden.

Von dieser Bestimmung werden betroffen:

- I. Angehörige des deutschen Geheimdienstes, die nicht unter die unten aufgeführte Kategorie der weiter automatisch Inhaftierten fallen.
- II. Beamte und Offiziere der Kriminalpolizei bis einschließlich Oberst.
- III. Höhere Polizeibeamte.
- IV. Staatsbeamte, ausschließlich der Mitglieder des Reichskabinetts.

Da diese Organisationen nicht auf der Anklageliste stehen und auch nicht in der Anklageliste der verbrecherischen Organisationen des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg enthalten sind, gehören diese vier Personengruppen nach der neuen Verfügung nicht mehr zu den automatisch Inhaftierten. Auf Grund einer ähnlichen Erklärung bedeutet diese Verfügung keine sofortige Haftentlassung der genannten Personen, sondern bildet die Grundlage für die erneute Überprüfung jedes Einzelfalles.

Folgende Gruppen von Personen unterliegen weiterhin einer automatischen Festnahme:

- I. Die Gestapo und der SD
- a) das Personal der Geheimen Staatspolizei;
- b) das Personal des Reichssicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD).

Zu den unter a) und b) angeführten Personal gehören alle in den Hauptquartieren und deren Unterabteilungen, Büros und Zweigstellen, Außenstationen und allen Organisationen, die der Gestapo oder dem SD angegeschlossen waren, ehemaligen Dienststellen.

Darunter fallen nicht: Stenotypistinnen, Boten, Chauffeurs, Putzfrauen, Vertrauensleute, kleinere Spitzel, die ohne Bezahlung gearbeitet haben, und ähnliche Angestellte.

II. Militärische Organisationen.

a) Waffen-SS: Alle Offiziere und Unteroffiziere von den oberen Rängen bis einschließlich Schürführer, alle Angehörigen der Totenkopfverbände, alle SS-Helferinnen oder SS-Kriegshelferinnen.

b) Allgemeine SS: Alle Offiziere und Unteroffiziere von den oberen Rängen bis einschließlich Unterscharführer und alle SS-Helferinnen oder SS-Kriegshelferinnen.

c) SA (Sturmabteilungen): Alle Führer der SA einschließlich Sturmabteilungsführer.

III. Das Führungskorps der NSDAP:

a) Verwaltungsbeamte der Partei herab bis zu den Kreisamtsleitern einschließlich und alle Ortsgruppenleiter.

b) Alle Parteiführer herab bis zu den Obergemeinschaftsleitern einschließlich.

IV. Die Reichsregierung.

Die Reichsregierung einschließlich der Personen, die zu irgendeiner Zeit seit dem 30. Januar 1933 folgende Posten innehaben:

1. Reichsminister mit oder ohne Portfeuille, Chef der Abteilungen oder Ministerien der Reichsregierung, Staatsminister, die die Funktion eines Reichministers ausgeübt haben, und Beamte, die berechtigt waren, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen.
2. Mitglieder des Ministerrates für die Reichsverteidigung.
3. Mitglieder des Geheimen Kabinettsrates.
4. Mitglieder des Generalstabes und des OKW.

a) Alle Personen, die in der Zeit von Februar 1938 bis Mai 1945 folgende Stellen innegenommen haben:

1. Oberbefehlshaber der Kriegsmarine.
2. Chef der Seekriegsleitung und Chef des Stabes der Seekriegsleitung.
3. Oberbefehlshaber des Heeres.
4. Chef des Generalstabes des Heeres.
5. Oberbefehlshaber der Luftwaffe.
6. Chef des Generalstabes der Luftwaffe.
7. Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

b) Alle Personen, die zu irgendeiner Zeit Generalstabsoffiziere des Heeres oder der Luftwaffe waren.

VI. Kriegsverbrecher:

Personen, die auf den Kriegsverbrecherlisten stehen und Personen, gegen die Beweise über ihre Beteiligung an Kriegsverbrechen vorliegen.

VII. Alle Personen, die aus Sicherheitsgründen weiter in Haft gehalten werden, da ihre Entlassung eine Gefahr für die Besatzungsmächte oder für die Militärregierung bedeutet.

Niederwieder Polizeizustaat

Stuttgart, 11. März. (DANA) Wenn man den Polizeizustaat nicht schon von vornherein aus ideologischen Gründen ablehne, so würden die schlimmen Erfahrungen in dieser Einrichtung allein schon dazu führen, den Polizeizustaat zu verabschauen, erklärte der Rechtsreferent der Stadt Stuttgart, Rechtsanwalt Dr. Franz Karl Maier, auf einer Arbeitstagung der Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren aller Städte der amerikanischen Besatzungszone.

Die Teilnehmer an der Tagung waren sich darüber einig, daß der deutsche Polizeizustaat für alle Zeiten verschwinden müsse.

Rechtsanwalt Dr. Maier erklärte weiter, daß kein anderer Zweig der öffentlichen Verwaltung, mit Ausnahme der Justiz, einer so umfassenden Neugestaltung bedürftig, wie ge-

Verschwörung zerschlagen

12 Berliner KPD-Mitglieder verhaftet

Berlin, 11. März. (DANA)

Mit der Verhaftung von 12 Deutschen hat die amerikanische Militärregierung eine sorgfältig geplante Verschwörung, die sich die Macht ergreifung in der Verwaltung des Bezirks Schöneberg, zum Ziel gesetzt hatte, zerschlagen.

„Die Verschwörer“, sagte Generalmajor R. W. Barker, kommandierender General des Berliner Distrikts, „wurden sich vor einem Militärgericht wegen Einmischung in die Angelegenheiten der Zivilverwaltung und wegen versuchter Einschüchterung von Beamten zu verantworten haben.“

12 Deutsche, die mit einer Ausnahme im öffentlichen Dienst der Stadt Berlin standen, versuchten, durch Einschüchterung von Beamten und unter Vorschub der kommunistischen Partei die Anordnungen der amerikanischen Militärregierung zu umgehen und die Verwaltung des großen Berliner Bezirks Schöneberg zu kontrollieren.

Der Anführer der Verhafteten, die alle Mitglieder der kommunistischen Partei sind, KPD-Bezirksleiter Gerhard Jurra, hatte die Mitglieder der kommunistischen Partei in Beamtenstellungen aufgefordert, sich der Schlüsselstellungen in der Schöneberger Stadtverwaltung zu bemächtigen. Außerdem richtete er an den Personalchef der Schöneberger Stadtverwaltung Wilhelm Kammeier und an den Bürgermeister sowie zahlreiche andere Beamte die Aufforderung, keine persönlichen oder politischen Entscheidungen ohne vorherige Genehmigung der kommunistischen Partei zu treffen.

Wilhelm Kammeier, der nicht nur die Befehle empfing, sondern auch in die Verschwörung weitgehend verwickelt war, wurde ebenfalls verhaftet. Die Namen der 10 anderen Verhafteten werden bis zur endgültigen

Durchführung der Untersuchung geheimgehalten.

Oberst F. L. Howley von der amerikanischen Militärregierung in Berlin nahm zu diesem Vorfall Stellung und wies darauf hin, daß es sich dabei nicht um einen Angriff auf die kommunistische Partei gehandelt habe. Er sagte, dies ist das erste Anzeichen, daß eine kleine Minderheit nach berechtigtem preußischem Vorbild versucht, der Berliner Bevölkerung ihren Willen aufzudrücken, die Militärregierung zu umgehen und die demokratischen Ziele zu vereiteln.

„Bis das deutsche Volk sich seine Regierungsform gewählt hat“, erklärte General Howley abschließend, „besteht die Gefahr, daß eine kleine Gruppe die neuerrungene Freiheit auszunutzen und die Macht zu ergreifen versucht. Die Militärregierung wird jedoch darauf achten, daß dies nicht geschieht.“

Labour-Party an die SPD

London, 11. März. (DANA) Die britische Labour-Party hat laut Reuter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgende Botschaft übermittelt:

Die britische Labour-Party verfolgt mit Anteilnahme und Befriedigung die erfolgreichen Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das deutsche Volk nach der seelischen Zerrüttung durch den Nazismus in demokratischem Geist neu zu erziehen. Sie betrachtet die Existenz einer starken demokratischen und zugleich sozialistischen Partei in Deutschland als wesentlichen Faktor für die Wiederherstellung Europas. Nur das Vorhandensein einer solchen Partei macht es den deutschen Arbeitern möglich, am Aufbau einer freien und gerechten Lebensweise teilzunehmen.

„Mit anderen Worten“, sagte Jackson, „die Gestapo entließ Häftlinge auf Anweisung Görings.“

„Auf die Frage Jacksons, ob er in der Lage gewesen sei, festzustellen, daß Juden ohne Grund verhaftet wurden, berichtete Bodenschatz von der Familie Ballin aus München, die im November 1923 Göring aufnahm und pflegte, als er beim „Marsch auf die Feldherrnhalle“ schwer verwundet worden war.“

Als Bodenschatz auf Befragen behauptete, er habe nicht gewußt, wie die Menschen in den KZ's behandelt wurden, rief Jackson aus: „Sie waren Adjutant des zweitwichtigsten Mannes in Deutschland und fragten nie, was in den KZ's vorging?“

Auf die Frage Jacksons, ob der Zeuge wußte, daß Himmler Görings Mitarbeiter war und daß Kaltenbrunner seine Stellung Göring gegenüber, erwiderte der Zeuge, daß er auch darüber keine Auskunft geben könne. Weiter wurde der Zeuge über die Vorbereitungen der Luftwaffe zum Überfall auf Polen befragt. Bodenschatz erklärte, daß die deutsche Luftwaffe zu Beginn des Potentzialzuges in keiner Weise „auf der Höhe gewesen sei“.

Göring litt sehr unter der Entfremdung, die in den letzten zwei Jahren zwischen ihm und Hitler bestand, erklärte Bodenschatz in der Nachmittagsitzung. Auf die Frage des amerikanischen Anklägers mußte er jedoch zugeben, daß die Spannung im Jahre 1943 noch nicht merklich war und daß Göring regelmäßig bei Besprechungen des Oberkommandos oder ähnlicher Konferenzen, wenn Hitler gesprochen hatte, in einem Schlußwort eine „Treusicherung im eigenen und im Namen der anwesenden Offiziere abgab und betonte, er werde den Willen des Führers erfüllen.“

„Der Aufbau der deutschen Luftwaffe begann bereits im Jahre 1933, erklärte Bodenschatz auf eine weitere Frage

Das freie Wort

Herr Franz Brand, Karlsruhe, Busardweg 35a, schreibt: „Für den aufmerksamen Beobachter ist das Bestreben zur Verschmelzung der SPD und KPD allmählich zur allgemeinen Debatte geworden. Wenn auch die Interessen beider Parteien sich sehr verwandtschaftlich vorkommen mögen, so finde ich beide doch wesentlich wirkungsvoller in ihrer alten Opposition gegenüber.“ Die Ex-Nazipartei zeigte uns ja zu Genüge, wie notwendig Opposition überhaupt war, denn ihre Existenz allein hätte schon genügt, bei den Machthabern keine allzu großen Fehler aufkommen zu lassen. Ich stelle mir nicht zu bekämpfen brauchen, in ihrer Wachsamkeit gegeneinander Erspürlichsen leisten werden, als in ihrem Zusammenschluß.“

Herr Otto Weber, Karlsruhe, Brämsstraße 5, schreibt:

„In dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus steht unter „o) Sonstige Personengruppen — Teil B — Gruppe derjenigen Personen, die mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sind“ 5. Mitglieder der NSDAP nach dem 1. Mai 1937, sowie alle Anwärter der NSDAP.“ Das ist dringend notwendig und deshalb zu begrüßen. Heute — wenn man die Betroffenen hört, sind sie doch alle nur in die Partei, weil sie müßten, weil es nicht mehr anders ging, weil ihnen Nachteile entstanden wären usw., niemals aber, weil sie die Naziherrschaft für gut oder richtig gehalten haben oder gar, weil sie überzeugte Nazi waren. Nein, im Gegenteil, sie waren immer stille Gegner. Sie sind nur unter Druck Mitglied geworden. In allen Berufsgruppen war es so. Sie sind heute alle unschuldig. Ich kenne aber auch Leute — Beamte, Angestellte, Geschäftsleute und Arbeiter, die unter demselben Druck standen und nicht in die Partei sind, die vielmehr alle Nachteile auf sich genommen haben und treu zu ihrer Überzeugung standen. Vergessen wir nicht, daß auf jedem Aufnahmeheschein stand: „Ich beantrage den Eintritt in die Partei.“ Besonders diejenigen verdienen scharf unter die Lupe genommen zu werden, die in der Zeit von 1940—42 aufgenommen worden sind. Damals standen unsere Soldaten tief in fremden Ländern, damals war doch der Krieg „schon beinahe gewonnen“ und die Zeit des größten Sieges nicht mehr fern. Da mußte man sich doch befehlen, noch in die Partei rein zu kommen, koste es, was es wolle, damit man bei der Verteilung der Siegeslocherne nicht zu kurz komme. Es waren die ganz Schläuen und möchten es heute wieder sein. Sie wissen genau, um was es geht. Mögen sie sich nicht täuschen.“

reife des Polizeiwesens. Die neue Polizei müsse in den Großstädten und größeren Landstädten auf kommunaler Basis aufgebaut werden. Eine Übertragung der Polizeigewalt auf den Staat würde besondere Maßnahmen erfordern, um die Schaffung eines größeren zentralen Polizeizustandes zu verhindern.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß sich der Neuaufbau der Polizei im großen einheitlich, im einzelnen jedoch mitunter sehr verschieden vollzieht.

Polizeipräsident Karl Weber, Stuttgart, wies darauf hin, daß es sich bei dieser ersten Zusammenkunft zunächst darum handele, die bisherigen Erfahrungen beim Neuaufbau der Polizei auf kommunaler Grundlage auszuwerten. Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett sprach in seiner Rede über den § 56 des neuen Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, der die weitestgehende Aufhebung des mit autoritärer bringer Verantwortung für die Polizei mit sich bringe. Ein Vorschlag, alle 3 Monate Erhebungen auszusuchen, wurde angenommen. Als nächster Tagungsort ist Frankfurt am Main vorgeschlagen.

Aus den Zonen

Amerikanische Zone

München. Wie das Pressesamt der bayerischen Staatskanzlei mitteilt, wurden in Bayern drei Landräte durch den jeweils zuständigen Regierungspräsidenten aus ihrem Amt entlassen. Die Entlassenen sind: Dr. Hans Thiem vom Landkreis Wolfratshausen (Reg.-Bez. Oberbayern), Landrat Dr. J. Heber vom Landkreis Rhodding (Reg.-Bez. Niederbayern-Oberpfalz) und Landrat Herbert von Bismarck vom Landkreis Lichtenfels (Reg.-Bez. Oberfranken). Die Entlassungen erfolgen auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung.

Stuttgart. In 23 Orten des nordwürttembergischen Fernverkehrs wurde am 1. März der Schnellverkehr eingeführt.

München. Die „Bayerische Jägervereinszeitung“ ist auf Anordnung der Militärregierung wegen politischer Betätigung und nicht demokratischer Haltung aufgelöst worden.

Hamburg. Dr. Schlange-Schöningen, früher Landwirtschaftsminister im Kabinett Brüning, wurde zum Leiter des deutschen Zentralamtes für Ernährung in der britischen Zone ernannt.

Bochum. Tilman Beckers, der Kandidat der Christlich-DEMokratischen Union, wurde am 8. März von den Vertretern der Stadt Bochum zum Oberbürgermeister gewählt.

München-Gladbach. Die Freie Demokratische Partei ist als eine der vier großen Parteien über die gesamte britische Zone zugelassen worden.

Berlin. „Der stell. Stadtkämmerer von Berlin Willy Rumpf teilte einem DANA-Korrespondenten mit, daß Sowjettruppen deutsche Großbetriebe im russischen Sektor Berlins besetzt hätten.“

Fortsetzung Seite 5

Der falsche Weg

Von Walter Schwerdtfeger

Drei prägnante Erklärungen liegen uns vor. Zu dem Berliner Beschluß, eine Vereinigung von KPD und SPD herbeizuführen, sagte der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, am 2. d. Mts. unter anderem, den Kommunisten falle die große Aufgabe zu, gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Politik und der Kultur die Initiative zu ergreifen und eine völlige innere Verschmelzung herbeizuführen. Die Sozialistische Einheitspartei müsse zur Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Dr. Kurt Schumacher, der in Berlin erneut entschieden gegen die Fusion auftrat, betonte, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands habe praktisch aufgehört zu existieren und die Bildung einer unabhängigen illegalen SPD im östlichen Gebiet sei nicht ausgeschlossen. Der Vorsitzende des Zentralkomitees der SPD in Berlin, Otto Grotewohl, schließlich opponierte gegen Dr. Schumacher, der prophezeie und seine Auffassung auf die Zustände vor 1933 gründe. Beide Kontrahenten der geplanten Einheitspartei hätten ausdrücklich erklärt, daß die neue Partei eine deutsche Politik mit deutschen Methoden unter Berücksichtigung der deutschen Interessen durchführen werde. Eine etwas seltsame Formulierung. Kann man sich auch eine deutsche Politik ohne Berücksichtigung der deutschen Interessen vorstellen?

Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede. Dr. Schumacher, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck sind zu Wort gekommen. „Wer da recht hat, weiß ich nicht“, mag mancher zu denken versucht sein, weil auf den ersten Blick jeder recht zu haben scheint. Wer es wirklich hat, ist un schwer zu entscheiden.

Auf die Verhältnisse vor 1933 und namentlich auf die Situation kurz vor dem 30. Januar 1933 nochmals einzugehen, unterlassen wir. Es haben sich in größerem oder in kleinerem Maße, alle der damaligen Parteien einiges vorzuwerfen. Gehen wir davon aus, daß SPD und KPD bei manchem Trennendes vieles Verbindende haben. Darum ist der Zwist zwischen ihnen tief bedauerlich. Umso mehr dann, wenn man ein Mißtrauen da, gegen für unangebracht halten will, daß es auch der KPD mit einer deutschen Interessen dienenden Politik mit deutschen Methoden ernst sei. Was jetzt in Schöneberg im Monat März geschah, erweckt in Politik und Methode allerdings alles andere als den Eindruck deutscher Politik mit deutschen Methoden. Ganz im Gegenteil. (Vgl. „Verschwörung zerschlagen“ an anderer Stelle.) Selbst aber, wenn man im Lager der KPD in ihr und der SPD zuzugewandene Zwillinge sehen will, wird man dort doch nicht verlangen dürfen, daß sie sich im Tun und Lassen absolut gleich zu verhalten hätten. Dies Erkennen des Unterschiedes zwischen beiden Parteien dokumentiert sich in der Entscheidung der Wähler. Die große Mehrzahl der Arbeiterschaft steht, wie das Kräfteverhältnis beider Parteien beweist, nicht hinter der KPD, sondern der SPD. Wobei, was die westliche Zone anbelangt, auch der geringste Verdacht eines etwaigen mehr oder weniger sanften Druckes auf die Wähler hinfallig ist. Wäre bei der Wählerschaft das Verlangen nach der Sozialistischen Einheitspartei vorhanden oder gar brennend, so hätte sich das in den Wahlergebnissen ausgedrückt. Da es nicht geschah, erhebt sich die Frage: Warum die Verschmelzung?

Die SPD in den drei westlichen Besetzungszonen Deutschlands steht, sieht man von unwesentlichen Ausnahmen ab, geschlossen hinter Dr. Kurt Schumacher. Die Berliner Parteileitung kann sich auf eine gleiche oder ähnliche Einmütigkeit der „östlichen“ SPD nicht nur nicht berufen, sondern sie handelt vielmehr gegen den Willen der Großberliner Mitglieder. Die Tagung im Berliner Admiraipalast zeigte, daß von 1500 Funktionären nicht weniger als 1450 sich gegen die Verschmelzung erklärten. Die Durchführung des Vereinigungsbeschlusses ist auf starke Schwierigkeiten gestoßen. Dr. Schumachers als Prophezeiung ironisierte Voraussage hat sich damit bestätigt. Die Forderung nach einer Urabstimmung ist erhoben worden. Trotz der Widerstände hat man damit zu rechnen, daß die Vereinigung der SPD und KPD in der östlichen Zone Tatsache werden wird. Mit dem Ergebnis, daß es dann praktisch keine Sozialdemokratische Partei Deutschlands mehr, sondern nur eine „westliche“ Sozialdemokratische Partei mit der Tradition der deutschen Sozialdemokratie, eine „östliche“ Sozialistische Einheitspartei unter kommunistischer Führung und voraussichtlich eine illegale Sozialdemokratische Partei in der östlichen Zone geben wird. Ein Resultat, das keine Stärkung, sondern das Gegenteil bedeutet. Die so zustande kommende Sozialistische Einheits-

partei, die keine ist, kann — im Gegensatz zu Wilhelm Piecks Worten — niemals die Gestalterin des neuen demokratischen Deutschlands werden. Diese Aufgabe würde nur die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erfüllen können, die einem einheitlichen Beschluß ihr Entstehen verdankte.

Es soll hier nicht untersucht werden, ob der Vorwurf der Abhängigkeit gegen die KPD und das aus ihm resultierende Mißtrauen berechtigt sind. Die Tatsache des Bestehens dieses Mißtrauens aber kann von der KPD nicht bestritten werden. Wäre es nicht besser und dem Gedanken einer Sozialistischen Einheitspartei diehlicher gewesen, die KPD hätte bewiesen — durch eine längere Zeit geführte, den deutschen Interessen dienende Politik mit deutschen Methoden —, daß Mißtrauen ihr gegenüber nicht am Platze ist? Warum das Drängen nach einer Verschmelzung, die nur aus einer gesunden, fruchtbaren Opposition einschließlich der Entwicklung einer Zusammenarbeit beider Parteien hätte reifen können. Ein Drängen, das einen Zwist schuf zwischen zwei Parteien, die sich ergänzen sollten in ihrer Wachsamkeit und in ihrem Ringen um die Durchsetzung des neuen demokratischen Deutschland. Das wäre der ein-

Das freie Wort

Herr Franz Brand, Karlsruhe, Busardweg 35a, schreibt: „Für den aufmerksamen Beobachter ist das Bestreben zur Verschmelzung der SPD und KPD allmählich zur allgemeinen Debatte geworden. Wenn auch die Interessen beider Parteien sich sehr verwandtschaftlich vorkommen mögen, so finde ich beide doch wesentlich wirkungsvoller in ihrer alten Opposition gegenüber.“ Die Ex-Nazipartei zeigte uns ja zu Genüge, wie notwendig Opposition überhaupt war, denn ihre Existenz allein hätte schon genügt, bei den Machthabern keine allzu großen Fehler aufkommen zu lassen. Ich stelle mir nicht zu bekämpfen brauchen, in ihrer Wachsamkeit gegeneinander Erspürlichsen leisten werden, als in ihrem Zusammenschluß.“

Herr Otto Weber, Karlsruhe, Brämsstraße 5, schreibt:

„In dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus steht unter „o) Sonstige Personengruppen — Teil B — Gruppe derjenigen Personen, die mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sind“ 5. Mitglieder der NSDAP nach dem 1. Mai 1937, sowie alle Anwärter der NSDAP.“ Das ist dringend notwendig und deshalb zu begrüßen. Heute — wenn man die Betroffenen hört, sind sie doch alle nur in die Partei, weil sie müßten, weil es nicht mehr anders ging, weil ihnen Nachteile entstanden wären usw., niemals aber, weil sie die Naziherrschaft für gut oder richtig gehalten haben oder gar, weil sie überzeugte Nazi waren. Nein, im Gegenteil, sie waren immer stille Gegner. Sie sind nur unter Druck Mitglied geworden. In allen Berufsgruppen war es so. Sie sind heute alle unschuldig. Ich kenne aber auch Leute — Beamte, Angestellte, Geschäftsleute und Arbeiter, die unter demselben Druck standen und nicht in die Partei sind, die vielmehr alle Nachteile auf sich genommen haben und treu zu ihrer Überzeugung standen. Vergessen wir nicht, daß auf jedem Aufnahmeheschein stand: „Ich beantrage den Eintritt in die Partei.“ Besonders diejenigen verdienen scharf unter die Lupe genommen zu werden, die in der Zeit von 1940—42 aufgenommen worden sind. Damals standen unsere Soldaten tief in fremden Ländern, damals war doch der Krieg „schon beinahe gewonnen“ und die Zeit des größten Sieges nicht mehr fern. Da mußte man sich doch befehlen, noch in die Partei rein zu kommen, koste es, was es wolle, damit man bei der Verteilung der Siegeslocherne nicht zu kurz komme. Es waren die ganz Schläuen und möchten es heute wieder sein. Sie wissen genau, um was es geht. Mögen sie sich nicht täuschen.“

reife des Polizeiwesens. Die neue Polizei müsse in den Großstädten und größeren Landstädten auf kommunaler Basis aufgebaut werden. Eine Übertragung der Polizeigewalt auf den Staat würde besondere Maßnahmen erfordern, um die Schaffung eines größeren zentralen Polizeizustandes zu verhindern.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß sich der Neuaufbau der Polizei im großen einheitlich, im einzelnen jedoch mitunter sehr verschieden vollzieht.

Polizeipräsident Karl Weber, Stuttgart, wies darauf hin, daß es sich bei dieser ersten Zusammenkunft zunächst darum handele, die bisherigen Erfahrungen beim Neuaufbau der Polizei auf kommunaler Grundlage auszuwerten. Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett sprach in seiner Rede über den § 56 des neuen Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, der die weitestgehende Aufhebung des mit autoritärer bringer Verantwortung für die Polizei mit sich bringe. Ein Vorschlag, alle 3 Monate Erhebungen auszusuchen, wurde angenommen. Als nächster Tagungsort ist Frankfurt am Main vorgeschlagen.

Aus den Zonen

Amerikanische Zone

München. Wie das Pressesamt der bayerischen Staatskanzlei mitteilt, wurden in Bayern drei Landräte durch den jeweils zuständigen Regierungspräsidenten aus ihrem Amt entlassen. Die Entlassenen sind: Dr. Hans Thiem vom Landkreis Wolfratshausen (Reg.-Bez. Oberbayern), Landrat Dr. J. Heber vom Landkreis Rhodding (Reg.-Bez. Niederbayern-Oberpfalz) und Landrat Herbert von Bismarck vom Landkreis Lichtenfels (Reg.-Bez. Oberfranken). Die Entlassungen erfolgen auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung.

Stuttgart. In 23 Orten des nordwürttembergischen Fernverkehrs wurde am 1. März der Schnellverkehr eingeführt.

München. Die „Bayerische Jägervereinszeitung“ ist auf Anordnung der Militärregierung wegen politischer Betätigung und nicht demokratischer Haltung aufgelöst worden.

Hamburg. Dr. Schlange-Schöningen, früher Landwirtschaftsminister im Kabinett Brüning, wurde zum Leiter des deutschen Zentralamtes für Ernährung in der britischen Zone ernannt.

Bochum. Tilman Beckers, der Kandidat der Christlich-DEMokratischen Union, wurde am 8. März von den Vertretern der Stadt Bochum zum Oberbürgermeister gewählt.

München-Gladbach. Die Freie Demokratische Partei ist als eine der vier großen Parteien über die gesamte britische Zone zugelassen worden.

Berlin. „Der stell. Stadtkämmerer von Berlin Willy Rumpf teilte einem DANA-Korrespondenten mit, daß Sowjettruppen deutsche Großbetriebe im russischen Sektor Berlins besetzt hätten.“

Fortsetzung Seite 5

Karlsruher SPIEGEL

Der erste Maikäfer

Als uns der kleine Hanspeter Gramlich den ersten Vertreter von der Fakultät der Maikäfer auf den Redaktionsstisch stellte, versuchte ich sofort, die frühen Vorläufer der gefräßigen Scharen auszufragen. Ich öffnete ihm ein enges Gefängnis und ließ ihn herausspazieren. Leider ließ er sich nicht ausquetschen, schweigend und schaute zunächst prüfend nach allen Seiten.

Langsam krabbelte er an Kleisterkopf und Schere vorbei geraden Wegs auf die neueste Zeitung los. Politische Belastung schied bei ihm nicht vorzuziehen, denn er nahm keinerlei Notiz von den Münchener Vorgängen zur Entnazifizierung. In der spanischen Frage schüttelte er bei der Nennung Francos bedenklich den Kopf, wurde aber gleich wieder freundlich, als er sah, daß 2000 Kriegsgefangene aus Amerika heimkehren, Hastig stolperte der wunderliche Gesell über den Nürnberger Prozeß, nickte zustimmend über die kommende Befriedung und machte sich im Lokalen breit.

Stutzend stellte er die Fühlhörner bei der Kürzung der Brotration, senkte sie aber wieder bei der Zuteilung von amerikanischem Weizenmehl. Freundlich schmunzelnd beguckte er den Wiederaufbau der Stadt und blickte mitläufig auf die Tätigkeit der Karlsruher Notgemeinschaft. Brummig steuerte er über die neuen Steuergesetze, desinteressiert von Sport und Wirtschaft auf die Inseratenseite und blieb bei der Rubrik Transporte stehen. Das Richtige schien er nicht dabei zu finden. Er begann heftig mit seinem Kopf zu pumpen und war, ehe ich es verhindern konnte, durchs offene Fenster geflogen.

Ich sah ihm nach und dachte: „Brauner Gesell und dennoch unbefleckt, wieviele werden Dich beneiden!“ P. S.

Schiedsgericht für vermiste Kinder

Der Hitlerkrieg hat die ganze europäische Menschheit durcheinandergerissen und viele Familien auseinandergerissen, die sich heute nur schwer oder überhaupt nicht mehr zusammenbringen lassen. Ein besonders hartes Los traf dabei die Kinder, die durch irgendwelche Ereignisse bei der Evakuierung von ihren Eltern wegkamen und nun als vermisst zu gelten haben. Zu den dankenswerten Bestrebungen, alles zu tun, um vermiste Kinder ihren Eltern wieder zuzuführen, gehört auch die von dem Landesdirektor des Innern angeordnete Errichtung eines Suchdienstes für vermiste Kinder bei der Vermittlungszentrale des Erkennungsdienstes Karlsruhe. Bei dieser Stelle sollen alle Kinder erfaßt werden, die sich z. Zt. in einer Stadt oder Gemeinde der Landesverwaltung Nordbaden befinden und über deren Eltern hinsichtlich ihres augenblicklichen Verbleibs nichts bekannt ist. Gleichfalls sollen alle Eltern, die über den Verbleib ihrer Kinder nicht unterrichtet sind, Suchmeldungen dorthin erstatten. Es ist deshalb angeordnet, daß der Vermittlungszentrale Karlsruhe sofort entsprechende Meldungen mit Lichtbild des vermissten oder elternlosen Kindes zu erstatten sind.

Verkaufszeiten unserer Geschäfte

Die Verkaufszeiten in den offenen Verkaufsstellen und Friseurgeschäften werden mit Wirkung vom 18. März 1945 neu geregelt. Die Lebensmittelgeschäfte haben von 8—13 Uhr und von 15—18 Uhr, sonstige Geschäfte von 8—12 Uhr und von 14—18 Uhr und Friseurgeschäfte von 8—12 Uhr und von 14—18 Uhr offenzuhalten. Bäcker-, Metzger- und Milchgeschäfte können ihre Verkaufsstellen schon um 7 Uhr öffnen. Mittwoch nachmittags ab 13 Uhr sind sämtliche Geschäfte geschlossen zu halten mit Ausnahme der Friseurgeschäfte, die die Schließung am Montagnachmittag ab 13 Uhr durchführen. Die Angeordneten sollen an dem freien Nachmittag ebenfalls von der Arbeit befreit sein. Ausnahmen können in dringenden Fällen bewilligt werden. In Orten mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung können die Verkaufszeiten vom 1. April bis 1. Oktober bis abends 20 Uhr verlängert werden. Laden- oder Friseurgeschäfte, die sich im Keller befinden oder infolge Verschaltung der Fenster nicht ausreichend Tageslicht haben, können auch an Sperrtagen die elektrische Beleuchtung benutzen, ist jedoch der Stromkreis abgeschaltet, so haben die Geschäfte auch an Sperrtagen geschlossen zu halten. Jedes Geschäft hat seine Offenhaltungszeiten im Schaufenster oder an der Ladentüre anzuschlagen. Durch geeignete Verkaufsmassnahmen soll das Ansehen der Käufer auf der Straße möglichst vermieden werden.

Brennholz-Abgabe.

Das Städt. Wirtschaftsamt Karlsruhe teilt mit, daß Anträge auf Brennholz — 2-Zentner-Aktion — ab sofort nur noch bei den Bezirksstellen einzureichen sind. Auf diese Weise können sich die Antragsteller den u. U. oft weiten Weg zum Wirtschaftsamt sparen. Vier Tage nach Einreichung des Antrags liegt der Bezugschein bei den Bezirksstellen zur Abholung bereit. Wer zwei Ster Holz bereits erhalten hat, kann nach Anordnung der Militärregierung vorläufig mit weiteren Zuteilungen nicht rechnen.

70. Geburtstag

Am 15. März der Korrektor Wilhelm Dittmann, Karlsruhe-Beiertheim, Breitestr. 18. Seit nahezu 50 Jahren in der „Badischen Presse“ tätig, tut er noch rüstig und unverdrossen seinen Dienst. Ein allezeit aufrechter Mann ist er im Buchdrucker- und in der Sozialdemokratischen Partei stets vorbildlich gewesen und hat sich auf allen ihm übertragenen Posten bestens bewährt. Auch alle Schicksalsschläge durch den Krieg, den Verlust des Heimes, haben ihm seinen goldenen Humor nicht rauben können, so daß ihm seine zahlreichen Freunde noch ein langes, ruhiges Leben wünschen.

Der Karlsruher Männerturnverein

versammelt am Samstag, 16. März, 18.30 Uhr im Saale des „Burghofs“ (Karl-Wilhelm-Str. 50, Straßenbahnhaltestelle Friedhof) seine Mitglieder und Interessenten, besonders die Jugend, zu einem Skiabend, verbunden mit Lichtbildern, Skifedern und Skihumor.

Verpflichtung eines Karlsruhers

Der Karlsruher Schauspieler Hubert Mischler wurde als Oberspielleiter für Schauspiel und Oper an das Theater in Aschaffenburg verpflichtet. Mischler, der zuletzt in München tätig war, lernte am Badischen Staatstheater die Bühnenbilderei, war hier auch auf der Akademie des Staatstheaters und führte des öfteren in Karlsruhe Schauspielleitung. Mit der Inszenierung von Katjews „Ein Strich geht durchs Zimmer“, konnte sich Mischler in Aschaffenburg erfolgreich einführen.

Lictpieltheater

Das KALI und das MT in Khe-Durlach zeigen bis einsch. Freitag „Dr. Ehrlich“ mit Albert Bassermann. Dazu die neue Wochenschau „Welt im Film“.

Süd-West-Echo

Als zweites Blatt in der französisch besetzten Zone, das seine Redaktion ähnlich wie in der amerikanischen Zone aus Angehörigen verschiedener politischer Parteien und weltanschaulicher Richtungen „Südkurier“ (die Rastatter Nachrichten. Unter Änderung des Namens in „Süd-West-Echo“) wird ein Redaktionsausschuß gebildet, der sich aus dem früheren Redakteur des sozialdemokratischen Volksfreund in Karlsruhe, Hermann Winter, aus Redakteur Michlits von der Christlich sozialen Volkspartei, Redakteur Schwalbe von der KPD und Redakteur Friederich von der sozialdemokratischen Partei zusammensetzt.

Neue D-Zug-Verbindung zwischen Stuttgart und Würzburg

Stuttgart, 11. März. (DANA) Wie die Eisenbahndirektion Stuttgart mitteilt, verkehrt ab Montag, 11. März, auf der Strecke Stuttgart-Hauptbahnhof bis Würzburg das Schnellzugpaar D 11 und D 12. D 11 verläßt Stuttgart um 10.20 Uhr und erreicht nach kurzem Aufenthalt in Ludwigsburg, Bietighelm, Heilbronn, Osterburken und Lauda bereits um 14.20 Uhr Würzburg. Der Gegenzug D 12 verläßt Würzburg 13.10 Uhr und erreicht Stuttgart 17.38 Uhr.

Außer diesen Reiseerleichterungen ist ein neues Eilzugpaar auf der Strecke Stuttgart—Mannheim über Mühlacker und Karlsruhe eingerichtet worden. Für diese neuen Züge ist nur das vereinfachte Reisegenehmigungsverfahren notwendig. Diese Reisegenehmigung ist am Fahrkartenschalter erhältlich. Entfernungsbegrenzungen und Zulassungskartenzwang entfallen.

Bürgermeisterwahlen in Nordbaden

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, müssen die Bürgermeisterwahlen für Nordbaden in allen Gemeinden und Städten bis zu 20 000 Einwohnern bis spätestens Ende März d. Js durchgeführt werden und zwar durch die Gemeinderäte.

Im Städtischen Konzerthaus:

Papstfeier der Karlsruher Katholiken

Weihbischof Dr. Burger spricht zu den katholischen Männern und Frauen von Karlsruhe
Pater Ludwig Esch S.J. vor der katholischen Jugend

Zum ersten Male seit vielen Jahren konnten am vergangenen Sonntag die Karlsruher Katholiken im Schutze der neugewonnenen religiösen Freiheit mit einer eindrucksvollen Glaubenskundgebung an die Öffentlichkeit treten. Im derzeit größten Versammlungsraum unserer durch den Krieg besonders schwer heimgesuchten Stadt, im Städtischen Konzerthaus, fanden sich am Sonntagvormittag und Sonntagabend die katholischen Männer und Frauen von Karlsruhe ein, um den 70. Geburtstag (2. März) und den Jahrestag der Krönung (12. März) des Oberhauptes der kath. Kirche, des Papstes Pius XII. festlich zu begehen. Bei den beschränkten Platzverhältnissen konnte Tausenden, die von den gleichen Gefühlen der Treue und Dankbarkeit beseelt diese Feiertage miterleben wollten, kein Einlaß gewährt werden. Im Hintergrund der im Grün- und Blumenschmuck prägnanten Bühne fesselte ein von Kunstmaler Emil Burkard geschaffenes Bild Pius XII. die Blicke der Versammelten. Hoch über der Bühne grüßte das päpstliche Wappen mit der Tiara.

Die Papstfeier der Karlsruher Katholiken erhielt eine besondere Auszeichnung durch die Anwesenheit des Hochwürdigsten Herrn Weihbischofs Dr. Burger von Freiburg, des Herrn Landespräsidenten von Nordbaden, Reichsministers a. D. Dr. Köhler, und des Herrn Oberbürgermeisters Veit.

Stadtdekan Geistl. Rat Dr. Rüdiger führte in seiner Begrüßungsansprache aus: Seit langen Jahren haben sich die Katholiken Karlsruhes erstmals wieder zu einer echt katholischen Kundgebung zusammengefunden. 12 Jahre durfte der Name des Hl. Vaters in der deutschen Öffentlichkeit kaum genannt werden. Unsere Treue aber war nicht zu erschüttern. Geistl. Rat Dr. Rüdiger entbot besonderen Willkommengruß dem Hochwürdigsten Herrn Weihbischof Dr. Burger, dem Landespräsidenten von Nordbaden, Dr. Heinrich Köhler, Landesdirektor Prof. Dr. Schnabel, den Vertretern der Landesregierung von Südbaden, den Herren Ministerialdirektoren Dr. B. und Dr. O. T., Oberbürgermeister Veit sowie dem Festredner der Papstfeier, Pater L. Esch.

Das „Te Deum“ von Hermann Schroeder wurde von den Kirchenchören von Karlsruhe in künstlerischer Vollendung und heiliger Begeisterung gesungen.

Pater Ludwig Esch (S.J.), der gottbegnadete Redner und Jugendführer, gab in seiner packenden Festansprache eine Schau der geschichtlichen und weltumspannenden Bedeutung des Papsttums, der menschlichen und geistig-religiösen Persönlichkeit des derzeit regierenden Oberhauptes der katholischen Weltkirche. Jede Papstfeier, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit. Zum ersten Male nach dem Krieg, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit. Zum ersten Male nach dem Krieg, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit. Zum ersten Male nach dem Krieg, so führte Pater Esch aus, ist ein Fest des Glaubens und der Dankbarkeit.

Karlsruhe. Seine in Karlsruhe verlebten Jugendjahre, seine Kaplanzeit an der Liebfrauenkirche, seine häufigen Firmungs- und Kirchenkonsekrationsbesuche haben ein enges Freundschaftsband zwischen Weihbischof Dr. Burger und Karlsruhe geknüpft. Um so schmerzlicher mußte es den Bischof treffen, nach vierjähriger Abwesenheit sein geliebtes Karlsruhe in Trümmern vorzufinden. Alle, so sagte Weihbischof Dr. Burger, tragen wir heute das gleiche Leid. Unsere Erzdiözese ist in weiten Teilen durch den Krieg verwüstet. Papst Pius XII. bezeichnete als Ursache der Leiden der Menschheit die Auflehnung der Menschen gegen die Hohenheitsrechte Gottes und als Folge dieser Auflehnung die Leugnung des objektiven Rechts, an dessen Stelle die Gewalt trat, und der Liebe, die dem Haß weichen mußte, am Ende aber stand das Chaos.



Weihbischof Dr. Burger spricht
Foto Wörner.

Nur durch Rückkehr zu Recht und Gerechtigkeit kann die Menschheit gerettet werden. Nur in der Anerkennung der zehn Gebote Gottes kann der Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen, kann erst wieder wahrer Friede in die Welt einziehen.

Das „Christus vincit“ von J. von Nuffel der vereinigten Kirchenchöre — die musikalische Gesamtleitung hatte Kaplan Clemens Weiss, der ebenso begabte Sohn des bekannt-

ten Chormeisters des Freiburger Männergesangsvereins — bildete den krönenden Abschluß dieser unvergesslichen ersten Papstfeier in Karlsruhe nach dem zweiten Weltkrieg.

Feststunde der Jugend

Es waren die alten Fahnen noch, um die sich die katholische Jugend von Karlsruhe am Sonntag nachmittag im Städtischen Konzerthaus zu eiger eigenen Papstfeier scharte. Viele Jahre waren die Christusfahnen der kath. Jugend aus der Öffentlichkeit verbannt. Nun sind sie wieder da, und mit ihnen die katholischen Jungen und Mädchen, die stets zu diesen Fahnen gehalten haben. Ein lange nicht mehr geschautes Bild, diese frische Jugend in blütenweißen Sporthemden, zum Sing- und Sprechchor auf der Konzerthausbühne gruppiert.

Wiederum ist es Pater Esch, der die Herzen der kath. Jugend von heute noch genau so zu packen weiß, wie die der kath. Jugend von einst, wie vor 25 Jahren bei dem großen Freiburger Treffen der „Neu-Deutschland“ zusammengefaßten studierenden kath. Jugend Deutschlands. Wir lieben unser Volk vor allen andern Völkern, erst recht im Unglück. Halten wir unserem deutschen Volk die Treue gerade in seiner Not und Armut, aber arbeiten wir mit am Wiederaufbau. Die Not ist riesengroß: Berufsnot, Ehenot, Heimnot. Die Jugend ist berufen, sie zu bannen. Unser Parole nach dem ersten Weltkrieg: Alles für Deutschland, Deutschland für Christus! gilt auch nach diesem zweiten noch schrecklicheren Weltkrieg. Liebt euer Volk, aber bringt euer Volk zu Christus!

Weihbischof Dr. Burger bezeichnete die kath. Jugend von Karlsruhe als vorbildlich für die Jugend der Erzdiözese. Die heutige Feststunde sei ein Beispiel für ähnliche Veranstaltungen der kath. Jugend im Lande. Der Bischof erfreute die versammelte Jugend mit ersteheltheren Erinnerungen aus seinen Begegnungen mit dem Hl. Vater, als dieser noch Nuntius in Deutschland war.

Gedicht- u. Musikvorträge, Sprechchöre und gemeinsame Lieder umrahmten die Ansprachen. Ein Sprecher der Kath. Arbeitsgemeinschaft entbot den Dank der Jugend an Weihbischof Dr. Burger und Pater Esch mit dem Versprechen, am Aufbauwerk tatkräftig mitzuarbeiten. L. A.

Fische gegen Fleischmarken

Das Landesernährungsamt teilt mit: Die außerordentlich angespannte Versorgungslage in der Ernährungs-wirtschaft bedingt eine Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die eine gleichmäßige und gerechte Aufteilung der Nahrungsgüter an alle Verbraucher gewährleisten.

Zurzeit sind die Fleischzufuhren sehr schleppend. Um etwa hier auftretende Schwierigkeiten in der Versorgung von Fall zu Fall ausgleichen zu können, müssen Fische und Fischwaren zu diesem Zweck herangezogen werden. Es ist angesichts der gegenwärtigen äußerst schwierigen Transportlage selbstverständlich, daß es bei der Heranbringung der Fische von der deutschen Nordseeküste nicht immer ohne Verzögerung abgehen wird. Was in dieser Richtung von den maßgeblichen Stellen zu erleichtern der Lage getan werden kann, wird natürlich geschehen. Inwieweit dabei die Streuung der Fische auch auf die Landgemeinden möglich sein wird, hängt einmal von der Fleischversorgung in den Städten und auf dem Lande ab, zum andern aber auch, und dies vielleicht sogar in allererster Linie, vom dem Umfang der Fischzufuhren. Eine Versorgung des flachen Landes mit Frischfischen erweist sich auf transporttechnischen und anderen Gründen zurzeit als unmöglich.

Ab sofort dürfen Fische und Fischwaren an den Verbraucher nur noch gegen Abgabe entsprechender Fleischmarken ausgegeben werden. Für 50 g Fleischmarken werden 300 g Frischfische oder 150 g Salzheringe, Räucherwaren oder Marinaden abgegeben. Eine Abgabe von Fischen und Fischmarken ohne die entsprechenden Fleischmarken ist unzulässig. Die Fischverkaufsstellen haben die vereinnahmten Fleischmarken bei ihrem Ernährungsamt ordnungsgemäß abzurechnen und den einwandfreien Nachweis über die Verwertung der Abgabe der Ware zu erbringen. Die Fleischmarken sind beim Verkauf vor Abgabe der Ware zu entfernen. In ähnlicher Weise haben die Fischgroßverteilern mit dem Landesernährungsamt ihre Abrechnung vorzunehmen.

men. Irgendwelche Verstöße gegen die Bewirtschaftungsbestimmungen von Fisch- und Fischwaren werden strengstens bestraft.

Fleisch- u. Wurstzuteilung

Die Versorgung Badens (US-Zone) mit Fleisch und Wurst im derzeitigen Umfang (200 g je Kopf) und Woche ist nur mit Hilfe von Zufuhren aus Bayern möglich. Diese sind in der letzten Zeit stark zurückgegangen. Um die Zuteilung von Fleisch und Wurst den bisherigen Rationen zu entsprechen aufrecht erhalten zu können, ist das Landesernährungsamt bestrebt, einen teilweisen Ausgleich durch vermehrte Zufuhren von Wurst zu schaffen.

Es muß unter diesen Umständen an die Einsicht und Mithilfe aller Verbraucher appelliert werden, wenn die Metzgereien verhältnismäßig weniger Braten- und Kochfleisch und dafür mehr Wurst auf die Kartenabschnitte zuteilen müssen. Ein Anspruch auf Zuteilung von Braten- und Kochfleisch in einem bestimmten Verhältnis zur Wurstzuteilung kann nicht geltend gemacht werden. Die Zuteilung wird sich nach den jeweiligen Vorräten richten.

Neue Meldekarten!

Jeder Meldepflichtige, alle Männer vom 14.—65. und alle Frauen vom 15.—50. Lebensjahr müssen im Besitz der neuen Meldekarte sein, die allein zum Bezug von Lebensmittelkarten berechtigt. (Siehe amtliche Bekanntmachung.)

Sperre für Antragsformulare

Das Städt. Wirtschaftsamt Karlsruhe, Gartenstraße 53, teilt mit, daß die Ausgabe von Antragsvordrucken mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres gesperrt bleibt. Bevor die vielen in den letzten Wochen eingegangenen Anträge nicht gesichtet und aufgearbeitet sind, kann an eine Aufhebung dieser Sperre nicht gedacht werden. Die Bevölkerung wird von der Aufhebung der Sperre durch öffentliche Bekanntmachung unterrichtet.

ort
e, Busa
ien auf
Bestre-
PD und
nen De-
e Inter-
ehr ver-
ögen, so
ich wir-
osition
azipartei
notwen-
r, denn
chon ge-
ne allra-
lasten.
Parteien,
en braun-
einman-
werden,
Karlsruhe,
ung von
tarismus
mengrup-
erjungen
nderer
nd usf.
ach dem
ärter der
notwen-
en. Der
— wenn
sind sie
weil sie
r anders
stünden
il sie die
r richtig
weil sie
Nein, im
er stille
er Druck
n Berufs-
nd heute
über auch
illte, Ge-
die unter
nd nicht
mehr alle
en haben
stung
daß auf-
nd: „Ich
usf.“ Be-
nen scharf
zu werden,
42 aufge-
als stan-
fremden
der Krieg
und die
ocht mehr
doch be-
zu kom-
le, damit
er Sieges-
mme. Es
nd möch-
ie wissen
ögen sie
olizei müsse
Landstädten
werden. Eine
in den Staat
fordern, um
strialen Pol-
zeigte, daß
im großen
unter sehr
Stuttgart,
dieser ersten
baute, die
auszubau
et
ull Klett
a 36 des
im National-
in war
außerordent-
sel mit sich
monate Erfah-
ngesommen.
ankunft am
en
der baye-
wurden in
jeweils zu-
aus ihrem
s sind: Dr.
ilstratessen
Dr. J. Haber-
ng-Bez. Nie-
Herbert von
enfels (Rep-
tionen erfol-
hen Militär-
s nordwürt-
wurde an
geführt.
ägerverein-
Militärregie-
und nicht
worden.
ngen, früher
est Brüning,
Zentralinsti-
n Zone ar-
andidat der
wurde am
Stadt Bochum
emokratische
Ben Parteien
zugelassen
Berlin Willy
respondenten
Großhandl-
setzt hätten.

Die Aufgaben der Kirchen

Die eindrucksvolle Kundgebung der Karlsruher Katholiken am letzten Sonntag weckt Erinnerungen an ähnliche Veranstaltungen unserer Vergangenheit, die ebenfalls im Aufbruch einer neuen staatlichen Epoche standen. Ein Vergleich mit heute ist nützlich und notwendig. Er zeigt den veränderten Standpunkt der Kirche im öffentlichen Leben der Gegenwart. Im Jahre 1919, nach Revolution und Zusammenbruch, fand der erste große Katholikentag in Karlsruhe statt. Die staatlichen Verhältnisse waren schon geordnet, die Freiheit der Kirche in vollem Umfang gewährleistet und dies alles durch die Zusammenarbeit von ehemals Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie in der Weimarer Koalition, die unser Land 13 Jahre hindurch das Gesicht der Stabilität und der ruhigen Entwicklung gab. Not herrschte damals auch im Lande, als der erste Katholikentag nach dem verlorenen Weltkrieg zur Tribüne für die politischen Führer der badischen Katholiken, Prälat Dr. Schöfer, Joseph Wirth, dem damaligen Mitglied des badischen Kabinetts, dem jetzigen Landespräsidenten Dr. Heinrich Köhler, wurde. Man sieht, die historische Entwicklung im Lande Baden, die im Kulturkampf des vergangenen Jahrhunderts den Geistlichen als Politiker an die vorderste Front der Auseinandersetzung um die Freiheit der Kirche und die anderen führenden Politiker in die Versammlungsräume der katholischen Aktion führte, wirkte auch nach dem Zusammenbruch des monarchistischen Systems unvermindert weiter.

Die zweite, geradezu historische Katholikenversammlung in Karlsruhe fand nach der Nazi-Revolution im Jahre 1933 statt. Erzbischof Dr. Grober sprach in der Karlsruher Festhalle zu den hiesigen Katholiken über die durch die Umwälzung aufgeworfenen Probleme. Es war jene Zeit, in der führende kirchliche Kreise in Verkenntung der Totalität und der Verworfenheit des Nazismus und seiner Führung noch an die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens von Staat und Kirche meinten glauben zu dürfen. Nach dieser Kundgebung fand keine mehr statt.

Die Kirchen waren aus der Öffentlichkeit verbannt, aber sie lebten, lehrten, litten und kämpften weiter. Sie sind jetzt wieder, wie die Papstfeier der Karlsruher Katholiken zeigt, mit ihrem Cöndankengut in die Versammlungssäle eingezogen und erkennen ihre Verpflichtung, in aller Öffentlichkeit lehrend und helfend tätig zu sein. In der Karlsruher Versammlung waren die Repräsentanten der weltlichen Obrigkeit, Landespräsident Dr. Köhler, Oberbürgermeister Veit anwesend und bezeugten so ihre Hochachtung vor jenem Geist, der in der Vergangenheit dem Nazismus so unbeugsam Widerstand entgegenzusetzen hat, sie dokumentierten aber zu gleicher Zeit auch die hohe Wertschätzung, die Staat und Gemeinde im Gegensatz zum verlassenen Nazistystem heute den Kirchen und ihrer Mission entgegenbringen. Diener der

Neues Erbschaftssteuergesetz

Berlin, 11. März. (DANA). Der Alliierte Kontrollrat hat ein neues Erbschaftssteuergesetz erlassen, in dem als Hauptpunkte der Wegfall der bevorzugten Erbenklassen und die Herabsetzung des Freibetrages für Erbschaften enthalten sind. Das Gesetz, das mit Wirkung vom 1. Januar 1946 in Kraft tritt, hat folgenden Wortlaut:

Artikel I

Das für Erwerbe in der Steuerklasse V (siehe § 9 des Erbschaftssteuergesetzes vom 22. August 1925) in der Fassung des Gesetzes vom 16. Oktober 1934 gegenwärtig gültige Erbschaftssteuergesetz findet auf Erwerbe in allen anderen Steuerklassen Anwendung, § 10 des Erbschaftssteuergesetzes wird dementsprechend geändert.

Artikel II

§ 17 b des Erbschaftssteuergesetzes wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird der Freibetrag für Erwerbe in der Steuerklasse I von 30 000 RM auf 10 000 RM herabgesetzt.

b) In Absatz 2 wird die Besteuerungsgrenze für Erwerbe in den Steuerklassen III und IV von 2000 RM auf 500 RM herabgesetzt. Die Vorschrift, wonach die von Personen der Steuerklassen III, IV und V zahlbare Erbschaftsteuer auf die Hälfte des Besteuerungsbetrages beschränkt war, wird aufgehoben.

Artikel III

Außer den in Artikel II dieses Gesetzes vorgesehenen Steuerbefreiungen bleibt der zur Erbschaft gehörende Hauszins, soweit sein Gesamtwert 5000 RM nicht übersteigt, und zwar ohne Rücksicht auf die Steuerklasse, zu welcher der oder die Erwerber gehören, falls der

Das Bad. Konkordat in Südbaden

In Baden-Baden hat die Militärregierung der französischen Besatzungszone verfügt, daß die Bestimmungen des Badischen Konkordates über die Erteilung des Religionsunterrichtes wieder in Geltung treten. Die Erziehungs-berechtigten müssen ihre schriftliche Zustimmung zum Religionsunterricht für jedes Kind geben.

Bezirksorganisation der SPD Altsiedlung-Grünwinkel

In einer Mitgliederversammlung konstituierte sich die vorgenannte Bezirksorganisation. Mit der Leitung wurden die Genossen Fr. Hespeler, H. Jung, J. Bisjak und R. Meyer betraut. Die einzelnen Siedlungsstellen bestimmten je einen Beisitzer. Zu Organisations- und Tagesfragen, wie Jungsozialisten, Frauenbewegung, Arbeiterwohlfahrt, Notgemeinschaft nahmen die Genossen positiv Stellung und gaben manche wertvolle Anregung. Im Wissen um die vor uns liegenden gewaltigen Aufgaben soll eine Schulungsarbeit die Genossinnen und Genossen bereiten. In einer für März vorgesehenen Versammlung werden die ehemaligen Landtagsabgeordnete Gen. Kunigunde Fischer und Gen. Orth über zeitgemäße Themen referieren. Eine besondere Frauenwerbung wird sich anschließen. Wir wollen der Not unserer Tage mit der Kraft unserer sozialistischen Glaubens entgegenreten. Trotzdem und trotzallem.

Neues Wohnraumgesetz

Berlin, 11. März. (DANA). Einem völligen Bruch mit der nationalsozialistischen Wohnungspolitik stellt das am Freitag vom Alliierten Kontrollrat beschlossene neue Wohnraumgesetz dar, das aktiven Kämpfern gegen den Nationalsozialismus und dessen Opfern eine Vorzugsstellung bei der Zuteilung von Wohnung einräumt. Das Gesetz, das die unter der nationalsozialistischen Verordnung zur Wohnraumlentkung vom Jahre 1943 geschaffenen Bevorzugungen aufhebt, überträgt die Verantwortung für die Durchführung der wohnraumpolitischen Maßnahmen an die deutschen Behörden. Das Gesetz „Nr. 18“ tritt am 14. März in Kraft.

Die Ruhrkohlenproduktion

Die Steigerung der Arbeitskräfte im Kohlenbergbau von Ruhr und Rhein, um eine Tagesförderung von 300 000 Tonnen zu erreichen, forderte der Oberpräsident der Nordrhein-provinz, Dr. Robert Lehr, auf der Bremer Länderkonferenz.

Die Ruhrkohlenproduktion

Die gegenwärtige Förderung belaufe sich auf 180 000 Tonnen pro Tag gegenüber 420 000 Tonnen vor dem Kriege. Da sich die Bestände auf den Häfen infolge der Schwierigkeiten der Transportlage zusehends vermindern, werde bald der Tag kommen, an dem keine Kohlen mehr vorhanden sind. „Mit der gegenwärtigen schwachen Ausnutzung der bergbaulichen Kapazität ist eine Wirtschaft auf die Dauer unmöglich. Wir sind in der Lage“, fügte Dr. Lehr hinzu, „den Alliierten Maßnahmen vorzuschlagen, die jeden Mißbrauch der in Europa so dringend benötigten Bergwerksprodukte des Ruhrgebietes zu Rüstungszwecken ausschließen, ohne deshalb die Wirtschaft drosseln zu müssen.“ (DDP)

Anträge zum Bezug von Eisen und Stahl

Anträge zum Bezug von Eisen und Stahl sind nach einer Mitteilung des hessischen Landeswirtschaftsministers ausschließlich an die Bezirkswirtschaftsstellen in Darmstadt, Hügelsstr. 3, Wiesbaden, Bahnhofstr. 63, oder Kassel-Wilhelmshöhe, Marstall, zu richten. Die Anträge müssen das Kontingentgewicht, die Art des Materials und den genauen Verwendungszweck angeben. Die Anforderungen dürfen den zugelassenen Einmonatsbedarf nicht übersteigen. (DANA)

Der Wiederaufbau der deutschen Textilindustrie

Der Wiederaufbau der deutschen Textilindustrie wird ein langsamer Prozeß werden, wobei in diesem Jahre nicht mehr als 25% der deutschen Kunstseidenindustrie wieder in Gang kommen werden, erklärte Mr. Ernest C. Geir, Präsident der Duplan Corporation nach seiner Reise durch Deutschland. Schätzungsweise 30 bis 35% aller Webstühle in der amerikanischen, britischen und französischen Zone seien durch den Krieg zerstört. Der Wiederaufbau sei davon abhängig, ob ge-

Der Sport

Endlich KfV.-Sieg

Der 1. FC Nürnberg setzte seine Erfolge gegen die wiedererstarke Eintracht fort, die nach guten Leistungen mit 3:1 ehrenvoll unterlag. Hartnäckiger Verfolger blieben weiterhin die Augsburg-Schwaben, die Bayern München überraschend klar mit 4:0 ausschalteten. Das Spiel Schweinfurt - Waldhof fiel aus, weil die Waldhöfer verunglückten, glücklicherweise ohne schwere Körperverletzungen. Dadurch schob sich der VfB Stuttgart, der BC Augsburg mit 5:2 niederkniet, auf den Tabellenplatz vor. 1800 München scheint seine Stürmerkrise überwunden zu haben. Die Spvgg wurde in München hoch mit 4:0 geschlagen. Überraschend klar siegte FSV Frankfurt gegen die Offenbacher Kickers, wobei das Ausmaß mit 5:1 überrascht. Für eine enttäuschende Überraschung sorgte der KfV, der in Mannheim den VfR glatt mit 3:1 besiegte, und rückt in der Tabelle über seinen Lokalrivalen Phönix, der in mildem Spiel 1:2 den Stuttgarter Kickers unterlag.

Resultate der Landesliga

Mühlburg	—	Daxlanden	0:1	
Vierelnheim	—	Feudenheim	2:1	
Phönix Mannheim	—	Sandhofen	3:1	
FC Pforzheim	—	VfR Pforzheim	3:8	
Verein:	Sp. ge. unv. vrl. Tore			
VfB Neckarau	9	7	1	35:8
VfB Keillingen	8	6	1	23:11
ASV Feudenheim	9	4	2	3:19
SV Daxlanden	9	5	4	19:20
VfB Mühlburg	10	4	2	16:17
Grünweiß Vierelnheim	6	3	3	17:8
VfR Pforzheim	8	3	1	4:26
Phönix Mannheim	6	2	4	13:11
Spvgg Sandhofen	8	2	6	19:26
1. FC Pforzheim	10	1	9	16:43

Mühlburg — Daxlanden 0:1

Auch im Rückspiel siegte Daxlanden unverändert. Der Sieger kämpfte einsetzender und energiegeladener, stützte sich auf eine solide, schlagichere Verteidigung, die es nicht allzu schwer hatte, die unständlich spielenden Mühlburger Stürmer in Schach zu halten. Hervorragendes leistete der schnelle Mittelfeldspieler, der nicht nur ausgezeichnete Zusätze, sondern auch bei den Aufbauten sorgte. Der Sturm verlegte sich auf Durchbrüche und hatte damit Erfolg. Gallus war sein schneller linker Nebemann, wozu auch der fähigste Durchdringer, Der Mühlburger Sturm hatte, ohne den erkrankten Rastatt nur haben. Bester Mannschafsteil war die Verteidigung und in der Läuferreihe war die Verteidigung vor allen Joram dem Sturm Plan und Schwung zu verleihen. Der Sturm selbst konnte zeitweise nicht schlecht, konnte aber nicht gegen die gute Deckung des Gegners nicht durchsetzen; Seeburger gab sich alle Mühe, fand aber wenig Unterstützung. Das gefälligere Spiel zeigte zunächst Mühlburg und hatte auch leichte Vorteile, die Daxlanden in der zweiten Hälfte durch erhöhte Einsatz für sich hatte. In der 70. Minute kam durch Gallus der entscheidende Treffer, der den Ball fast von der Auslinie über Joram hinweg ins Tor lenkte. Diesen Vorsprung hielt Daxlanden sicher.

Bezirksliga, Gruppe Ost

Durlach	—	Berghausen	3:0
Wainparten	—	Hornfeld	2:2
Blankenloch	—	Aue	3:0
Grötzingen	—	Söllingen	3:2
Jöhlingen	—	West	2:2

Bezirksliga Gruppe West

Mörsch	—	Frankonia	1:5
Malsch	—	Bulach	2:2
FV Philippsburg	—	FV Wiesental	1:2
Kleinsteintal	—	Grünwettersbach	1:2
Wollfartsweier	—	Hohenwettersbach	3:2

Freie Spiel- u. Spvgg. — Daxlanden 3:6

Freie Spiel- u. Spvgg. — Daxlanden 3:6
KTSV 46 — Grünwinkel 7:11
In Mühlburg kam es bedauerlicherweise zu einem Spielabbruch hervorgerufen durch die Gäste aus Hochstetten, die sich mit einem Felderweis nicht einverstanden erklärten und ihre spielerische Formverbesserung mit dieser unsportlichen Haltung wenig wertlos machten. — Zu einem mit guten Leistungen gespeicherten Spiel kam es auf dem Platze der Freien Spiel- und Sportvereinigungs bis zur letzten Minute vor allem im Zeichen der hervorragenden Abwehrarbeit des Gästehalters Günther stand, der seiner Mannschaft zu weiteren Punkten verhalf. — Der KTSV 46 setzte Grünwinkel hartem Widerstand entgegen, konnte jedoch die Niederlage gegen die spielerisch besseren Gäste nicht verhindern.

Staffel 1:

Ettlingenweier	—	Malsch	7:5
Bulach	—	Bruchhausen	18:4
Ettlingen	—	Mörsch	24:0
Beiertheim	—	Rüppurr	16:4

Allerhand Tore sind hier gefallen, wenn man die Ergebnisse der letzten drei Spiele betrachtet. Lediglich in Ettlingenweier ging es etwas hart auf hart, zumal die Gäste aus Malsch einmal mit 4:0 in Führung lagen. Zuletzt gab aber doch der Platzvorteil ein Ausschlag für einen knappen Sieg von Ettlingenweier, obwohl Malsch mehr dem Schiedsrichter die Schuld geben will. — Im zweiten Heimspiel konnte sich Bulach erneut überzeugend durchsetzen, allerdings zählt Bruchhausen vorerst noch zu den weniger gefährlichen Mannschaften, doch soll ihm eine kleine Verbesserung seiner spielerischen Leistung gegenüber dem Vorsonntag nicht vorzuenthalten bleiben. — Ettlingen machte mit Mörsch genau wie Bulach vor acht Tagen wenig Aufhebens und kam zu einem hohen Sieg. Alle Anerkennung der Mörscher Mannschaft, die diese hohe Niederlage mit sportlichem Anstand entgegennahm und sicherlich ebenfalls in kurzer Zeit manchen Höhepunkt haben wird. — In Beiertheim hatte der TuS 1884 gegen die nicht zu unterschätzenden Rüppurrer wieder eine große erste Halbzeit, die er mit 10:0 an sich bringen konnte. Nach dem Wechsel klappte es weniger gut, allerdings fanden sich dann auch die Gäste wieder besser zusammen und werden mit dieser Leistung noch manche Punkte holen, auf die sie diesmal noch verzichten mußten.

Staffel 2:

Mühlburg	—	Hochstetten	9:3	(abgebr.)
----------	---	-------------	-----	-----------

Klare Siege der Favoriten

Die Tabelle der Schweizer Meisterschaft wird von Servette Genf (20) angeführt, die gefolgt von Lugano (18) und Grasshoppers Zürich (17), die mit einem Spiel im Rückstand relativ günstiger stehen.

Staffel 3:

Rintheim	—	Weingarten	18:3
Spöck	—	Blankenloch	5:8
Durlach	—	MTV	14:5
Friedrichstal	—	Grötzingen	6:5

Weingarten gab sich zwar in Rintheim alle Mühe, aber gegen das reife Können der Platzmannschaft war schließlich eine klare Niederlage nicht zu vermeiden. — In Spöck sah es zuerst nach einem heimischen Sieges aus, zumal die Platzelf mit 4:0 im Vorteil lag. Die stabilere Blankenlocher Mannschaft konnte aber aus der vermeintlichen Niederlage einen Sieg machen, dadurch weitere 2 Punkte erreichend. — Der MTV scheint in einer Krise zu stecken, denn anders ist man auch die zweite Niederlage, die diesmal gegen Durlach ziemlich hoch ausfiel, nicht zu erklären. — Friedrichstal mußte sein Heimspiel infolge Platzsperrre in Grötzingen austragen, kam aber zu einem knappen Sieg und den ersten Punkten.

Linkehenau — VfL Neckarau 4:5

Dem hohen Können des VfL konnte Linkehenau nichts Gleichartiges entgegenzusetzen. Der Halbzeit stand das Spiel 9:1.
FV Philippsburg — FV Wiesental 2:4

DIE WIRTSCHAFT

gend Kohle, Transportmittel und Rohmaterial vorhanden sein werden. (DANA)

Lahn-Kalk-Industrie W. Luentgen in Alsbhausen. Die Gesellschaft hat den Betrieb mit einem Hochofen wieder aufgenommen. (DANA)

Erleichterung des Interzonenhandels. (Warenverkehr zwischen den Ländern US-Zone). Alle Beschränkungen im Interzonenhandel, mit Ausnahme für Kohle, Treibstoffe, Schmiermittel und Öl sind nach den Bestimmungen der

Militärregierung unwirksam geworden, teilt das großhessische Wirtschaftsministerium mit. Nach Anordnung des alliierten Kontrollrates in Berlin sind Alkohol und alkoholische Getränke für den Interzonenverkehr nicht freigegeben. (DANA)

Berichtigung. Die Sperranlagen Ende Dez. 1944 betragen 1269 Millionen RM (nicht Milliarden RM), wie infolge eines Druckfehlers zu lesen war, Ende Dez. 1945 1326 MILL. RM, die Giroeinlagen 181 bzw. 231 Millionen RM.



Der erste Hochofen in Groß-Hessen angeblasen

Die Anblasung eines Hochofens ist ein wirtschaftliches Ereignis ersten Ranges. Die obige Aufnahme erfolgte anlässlich der Feierlichkeit, die mit der in Nr. 3 BNN gemeldeten An-

blasung des ersten Hochofens in Groß-Hessen auf dem Gelände der Buderus-Eisenwerke in Wetzlar verbunden war. Ein weiterer Fortschritt im Wirtschaftsaufbau.

Der Wiederaufbau der deutschen Textilindustrie wird ein langsamer Prozeß werden, wobei in diesem Jahre nicht mehr als 25% der deutschen Kunstseidenindustrie wieder in Gang kommen werden, erklärte Mr. Ernest C. Geir, Präsident der Duplan Corporation nach seiner Reise durch Deutschland. Schätzungsweise 30 bis 35% aller Webstühle in der amerikanischen, britischen und französischen Zone seien durch den Krieg zerstört. Der Wiederaufbau sei davon abhängig, ob ge-

Dokumente der Schande

Kriegsverbrechen - Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit - Die Anklage hat gesprochen

Der Nürnberger Prozeß ist mit der Beendigung der Anklage in seine zweite Phase eingetreten. Aus diesem Anlaß geben wir folgenden zusammenfassenden Bericht der DANA:

Der erste Abschnitt des Nürnberger Prozesses ist abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Sowjetunion und Frankreich haben ihre Anklage gegen die 21 Angeklagten und die Nazioorganisationen erhoben.

In der ersten Sitzung des Gerichts, am 20. November des vorigen Jahres, begann nach den einleitenden Worten des Gerichtspräsidenten, Lord Geoffrey Lawrence, die Verlesung der 58-Seiten langen Anklageschrift. Jeder Hauptankläger der vier Nationen trug dem Tribunal je einen Teil der aus vier Punkten bestehenden Anklage vor.

Der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson behandelte „den gemeinsamen Plan der Verschwörung“. Sir Hartley Shawcross, als Vertreter der englischen Anklagebehörde, sprach über „Verbrechen gegen den Frieden“, der französische Vertreter Francois de Menthon über „Kriegsverbrechen“ und den vierten Teil „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ behandelte der sowjetische Hauptankläger General Rudenko.

Zum erstenmal seit ihrer Verhandlung standen die 21 Männer auf der Anklagebank wieder der Öffentlichkeit gegenüber. Aber diesmal nicht in prunkden Uniformen, geschmückt mit Ordensbändern, nicht als Minister, Generalleutnants, Galeiter und Volkredner, sondern als Unterzuchungsgefangene.

„Wir haben für die Angeklagten einen internationalen Gerichtshof geschaffen und haben die Bürde auf uns genommen, uns an einem entwickelten Verfahren zu beteiligen, um ihnen ein gerechtes und leidenschaftliches Verhör zu gewähren.“ Diese Worte aus der großen Anklage der amerikanischen Hauptankläger Robert H. Jackson beleuchten die Linie, die der Prozeß in seinem Verlauf zielbewußt anhielt.

Ein besserer Schutz kann keinem Menschen gewünscht werden, dessen Verteidigung wert ist, gehört zu werden. Sind diese Männer die ersten, die als Führer einer besiegten Nation sich vor dem Gesetz zu verantworten haben, so sind sie auch die ersten, denen Gelegenheit gegeben wird, im Namen des Rechtes ihr Leben zu verteidigen. Nürnberg betrachtet ist das Statut dieses Gerichtshofes, der ihnen Gebot schenkt, gleichzeitig der Quell ihrer einzigen Hoffnung. Es mag sein, daß diese Männer mit gewaltigem Willen nur den Wunsch haben, daß die Welt sie vergessen möge und sie eine solche Vergessenheit nicht als Gift zu empfinden. Sie haben aber hier eine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Dies ist eine Gabe, die sie als Machthaber ihren eigenen Landsleuten selten gewährt haben. „Die Zivilisation kann nicht weiterleben, wenn diese Verbrechen noch einmal begangen werden sollten. Die wahre Kriterien der Schranken dieses Gerichtes ist die Zivilisation.“

„Der gemeinsame Plan der Verschwörung“ war das Thema des amerikanischen Anklägers Alderman. Eine große Anzahl von Dokumenten unterstützten seine Ausführungen.

In der zweiten Verhandlungswoche erschien der erste Belastungszeuge der amerikanischen Anklagevertretung, der ehemalige Generalmajor Latourette, vor Gericht. Keitel und Jodl wurden durch die Aussage dieses Zeugen, die den ersten Höhepunkt des Prozesses bildete, aufs schwerste belastet.

Einem zweiten Höhepunkt dieser Verhandlungswoche stellte die Verlesung des Konzentrationlagerberichts dar.

Am 30. November fand eine Sonderverhandlung über den Gelteszustand der Angeklagten statt, in deren Verlauf der Ankläger erklärte, daß Heß seinen Gedächtniswandel vor vorgelesen habe und voll und ganz für seine Taten verantwortlich sei. Zum Abschluß der amerikanisch-englischen Beweisführung führte die Anklagebehörde einen Film „Der Naziplan“ vor, der nur aus Aufnahmen deutscher Wochenschauen und aus Archiven des ehemaligen Propagandaministeriums stammte.

Verbrechen gegen den Frieden

Der zweite Punkt der Anklageschrift „Verbrechen gegen den Frieden“ war das Thema der großen Rede des britischen Hauptanklägers Sir Hartley Shawcross am 4. Dezember.

„Das Ziel, das die britische Regierung mit der Führung dieses Prozesses verfolgt, ist nicht ein einfaches „Wehe dem Besiegten“, sondern in der Hauptsache eine Warnung an jene, die in späteren Jahren vielleicht die Absicht haben, einen Angriffskrieg zu führen.“

Die Reden der vier Großmächte haben sich daher geübt, die Erfinder und Ausführende der Nazideckung vor diesem Tribunal zu stellen. Sie tun dies, damit die Angeklagten für ihre Verbrechen bestraft werden sollen, aber sie tun es auch, damit ihre Handlungen in all ihrer Schändlichkeit festgelegt werden. Und sie tun es in der Hoffnung, daß die Welt erkennen möge, welche Folgen Handlungen dieser Art haben und zu welchem Ergebnis sie führen müssen.“

Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Während sich die ersten fünf Wochen des Prozesses mit der verbrecherischen Angriffspolitik der Nazi-Regierung und dem bewußten Bruch der von ihr abgeschlossenen Verträge beschäftigte, standen im Mittelpunkt der französischen und russischen An-

klage Punkt 3 und 4 der Anklageschrift „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Mit der Anklage gegen die Himmler-Organisation SD und Gestapo nahm der Prozeß nach einer Winternachtspause seinen Fortgang. Zum erstenmal trat in der Person des ehemaligen Leiters des Amtes 6 im Reichssicherheitshauptamt Ohendorf einer der Männer vor die Öffentlichkeit, deren Taten in den kommenden Wochen des Prozesses aufgedeckt wurden. Auch die Zeugen Willency und Schellenberg sagten über die Ausrottungspolitik insbesondere der Juden aus.

Die Aussagen dieser Zeugen belasteten insbesondere Kältenbrunner als ehemaligen Chef des Reichssicherheitshauptamtes.

Nach der Anklage gegen das OKW und den Generalstab wandte sich die Beweisführung der amerikanischen und britischen Ankläger den einzelnen Angeklagten zu.

Der tschechoslowakische Arzt Dr. Franz Eisinger, der vier Jahre lang im Dachauer Konzentrationslager zubrachte, belastete Frick, Rosenberg, Funk und Sauckel „schwer, als er engab, sie zu einem Besuch im Konzentrationslager gesehen zu haben.“

Der Urteilsspruch Grundlage der moralischen Wiederaufrichtung Deutschlands

Die französische Anklage behandelte den deutschen Überfall, die Plünderungen und die Deportationen in die Gefängnisse und Konzentrationslager sowie die Raubpolitik in allen besetzten Ländern West- und Nordeuropas. Der französische Hauptankläger Francois de Menthon erklärte:

„Der Urteilsspruch wird als Grundlage der moralischen Wiederaufrichtung des deutschen Volkes dienen. Er wird die erste Stufe zu seiner Rückgliederung in die Gemeinschaft der freien Völker sein. Nachdem der Spruch gefällt ist und vorausgesetzt, es gelingt uns, das deutsche Volk zu belehren und seine ersten Schritte auf dem Wege der Freiheit zu lenken, wird der Nationalsozialismus endgültig in die Geschichte dieses Volkes als Verbrechen eingehen.“

Auch acht Belastungszeugen aus Konzentrationslagern stellten der französischen Anklage zur Bekräftigung seiner Aussagen vor das Gericht. Wie ein roter Faden zog durch alle Zeugnisaussagen das Leitmotiv, das der französische Anklagevertreter Dubost in den Worten zusammenfaßte: „Zwei Tage Zeugenvernehmung haben uns gezeigt, daß eine Ausrottungs- und Terrorpolitik dieses System der Konzentrationslager schuf, dem ganz Europa ausgesetzt war.“ Von den aus Frankreich in die Konzentrationslager deportierten 250 000 Personen sind nur noch 35 000 am Leben.

„Die Völker fordern Rechenschaft“

Am 7. Februar wurde der „Fall Heß“ behandelt. Mit der Aufdeckung der Hintergründe seines Fluges nach England verschwand der geheimnisvolle Nimbus, der in den Augen vieler Deutscher bisher Heß umgeben hatte.

Die Sowjetunion begann ihre Anklage mit einer großen Rede des Generals R. A. Rudenko. „Der Tag ist da und die Völker der Welt fordern Rechenschaft und strenge Vergeltung für Hitlers Henker. Sie fordern strengste Bestrafung für die Verbrecher.“

Eine der größten Überraschungen der bisherigen Verhandlung bildete die Verlesung des ehemaligen Generalleutnants Paulus im Rahmen der russischen Anklage. Paulus gab die letzten Aufschlüsse über den schon monatelang vorher geplanten Überfall auf Rußland. Im weiteren Verlauf ihrer Beweisführung beschäftigte sich die russische Anklage mit dem im Osten begangenen Verbrechen an Kriegsgefangenen und an der Zivilbevölkerung.

Was vom russischen Ankläger Oberst Smirnow im Laufe seiner Ausführungen über die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ in Form von Dokumenten aus deutschen und russischen Quellen, in Filmen, Bildern und durch Zeugen dem Gericht vorgelegt wurde, ist zu schwer mit Worten zu beschreiben.

Mit der Beweisführung gegen die als verbrecherisch angeklagten sechs Organisationen hat die Anklage ihr Material vorgebracht. 3 1/2 Monate sind seit jenem Tag vergangen, als die acht Richter zum erstenmal den Verhandlungsraum betraten, 3 1/2 Monate, ausgefüllt mit dokumentarisch belegten Aufzählungen aller Arten von Verbrechen. Ungefähr 2100 Dokumente wurden dem Gericht vorgelegt, 29 Zeugen aufgerufen und sechs Filme vorgeführt.

Der große Prozeß tritt in seinen zweiten Teil.

Die Anklage hat gesprochen.

Nun hat die Verteidigung das Wort. Beweisstück Nr. soundsoviet

Der Sonderberichterstatter der DANA, E. Michel, schreibt: „... und ich bitte das Gericht, dieses Dokument als Beweisstück Nr. soundsoviet anzunehmen.“

Das war der Satz, der in den Verhandlungen des Nürnberger Prozesses jeden Tag, fast jede Stunde wiederkehrte, der Satz, der das Bild des ganzen Prozesses geprägt hat. Amerikanische, englische, französische und russische Anklagevertreter haben seit 3 1/2 Monaten Tag für Tag Dokumente vorgelegt, die zum größten Teil aus deutschen Archiven stammen und von den alliierten Truppen nach der Besetzung aus allen möglichen Verstecken hervorgeholt wurden. Ueber

2100 Dokumente wurden dem Gericht bisher vorgelegt. Das größte war das 38bändige Tagebuch Franks, das kleinste ein aus 14 Worten bestehender Befehl Hitlers.

Wir wollen heute nach Abschluß der Anklage aus der Vielzahl dieser Dokumente einige herausziehen und sie noch einmal in die Erinnerung unserer Leser rufen.

Am 26. August 1939 erklärte der deutsche Botschafter in Brüssel dem belgischen König, die deutsche Regierung ist fest entschlossen, an den Bedingungen der Erklärung festzuhalten, die in der bekannten deutschen Note enthalten sind. Diese sah tatsächlich vor, daß Deutschland unter gar keinen Umständen die Unverletzbarkeit und Integrität Belgiens beeinträchtigen und zu jeder Zeit belgisches Gebiet respektieren wird.

Am selben Tag gab der deutsche Botschafter in Haag an die holländische Königin folgende Erklärung: „Wir sind fest entschlossen, den Niederlanden gegenüber gemäß den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und in Würdigung der bekannten niederländischen Unabhängigkeitspolitik eine Haltung einzunehmen, die die Unverletzlichkeit und Integrität unter keinen Umständen beeinträchtigt und jederzeit das niederländische Gebiet respektiert.“

Am 6. Oktober wiederholte Hitler diese Versicherungen in seiner Reichstagsrede und erließ drei Tage später seine „geheim Kommandosache“, in der es heißt: „Für die Fortführung der militärischen Operationen befähige ich daher folgendes: „Am Nordflügel der Westfront ist durch den luxemburgischen, belgischen und holländischen Raum eine Angriffsoperation vorzubereiten. Dieser Angriff muß so stark und so frühzeitig wie möglich geführt werden.“

Dem deutschen Überfall auf Polen, der den zweiten Weltkrieg auslöste, gingen die selben Versicherungen voraus, die an Holland, Belgien und Jugoslawien gegeben wurden.

Göring am 16. Februar: „Von deutscher Seite besteht absolut nicht der Wunsch, Polen irgendeinen Teil seines Gebietes wegzunehmen. Deutschland ist vollständig zufrieden. Deutschland wird Polen nicht angreifen und hat keine Absichten, den polnischen Korridor zu besitzen. Wir wollen den Korridor nicht. Ich sage es mit allem Ernst und kategorisch: Wir brauchen den Korridor nicht.“

Noch am Anfang 1939 erklärte Ribbentrop: „Es geht um die Aufgaben der deutschen Außenpolitik, die freundschaftlichen Beziehungen mit Polen aufrechtzuerhalten.“

Aber schon wenige Wochen später lagen die „Pläne zum Überfall auf Polen in den Händen der Führer. Hitler sagte am 23. Mai 1939 in einer Geheimkonferenz, die in der Reichskanzlei stattfand: „Es ist keine Rede davon, daß wir Polen verschonen. Die Entscheidung ist bereits getroffen. Polen wird bei der ersten sich bietenden Gelegenheit angegriffen. Es ist unmöglich, das Wiederholungs des Falles Tschscholowka zu erwarten. Dieses Mal heißt es: Krieg.“

Ein von Keitel stammender Befehl vom 3. April 1939 lautet: „Der Operationsplan muß so ausgearbeitet werden, daß seine Ausführung zu raschen Ergebnissen führt, beginnend am 1. September 1939, möglich sein wird.“

„Wir benötigen Sklaven“

Ueber die unmenschlichen Deportationen zum Sklavenarbeit nach Deutschland gehen die folgenden Dokumente Auskunft:

Eines der zynischsten und brutalsten Dokumente war die vom amerikanischen Anklagevertreter vorgelegte Abschrift einer Ansprache Hitlers, die er am 4. Oktober 1943 vor dem Posener SS-Gruppenführer hielt. „Wie es den Russen oder Tschechen geht, ist mir total gleich. Was diese Nationen an gutem Blut bieten, werden wir nehmen, falls erforderlich, durch Wegnahme ihrer Kinder, die wir bei uns erziehen werden. Ob Millionen in Reichum leben oder verrecken, interessiert mich nur insoweit, wie wir sie als Sklaven für unsere Kultur benötigen. Alles andere ist mir gleich, ob 10 000 russische Weiber beim Bau eines Tankgrabens erschöpft umknicken, interessiert mich nicht, nur, ob der Tankgraben für Deutschland aufgehoben ist. Wir Deutschen, die die einzige Nation in der Welt sind, die eine anständige Haltung Tieren gegenüber einnehmen, werden wahrscheinlich auch eine anständige Haltung diesen menschlichen Tieren gegenüber einnehmen.“

Daß die Nazis auch nicht davor zurückschreckten, Kinder in großem Umfang als Sklavenarbeiter nach Deutschland zu schicken, geht aus einem Memorandum vom 12. Juni 1944 hervor: „Die Heeresgruppe Mitte hat die Absicht, in den Armeegebieten 40 000 Jugendliche im Alter von 10 bis 14 Jahren zu erfassen und ins Reich zu bringen.“

Die „Herrenrasse“

In einer Geheimkonferenz am 2. Oktober 1940 wurden die weiteren Pläne zur Vernichtung der Ostvölker besprochen:

„Die polnischen Landwirte müssen aufhören zu existieren. So grausam das klingen mag, sie müssen ausgerottet werden. Das klingt grausam, aber es ist das Gesetz des Lebens.“

Schon vor der Machtübernahme war Hitler entschlossen, die Massenvernichtungen durchzuführen. Im Jahre 1932 sagte er in Gegenwart hoher Nazis: „Das tschechoslowakische Gebiet wird von Deutschen besetzt kolonialisiert werden. Die Tschechen werden wir nach Sibirien oder dem Wolhynien-Distrikt verpflanzen. Sie müssen aus Zentral-Europa verschwinden.“

Ein Geheimbefehl an die 118. Jägerdivision vom 12. Mai 1943 gibt folgende Richtlinien über das Verhalten der Truppe im Einsatz: „Die Truppe hat rückwärtslos und mit brutaler Härte gegen die Bevölkerung vorzugehen und dem Feind jede Lebensmöglichkeit durch Zerstörung verlassener Ortschaften und

die Sicherstellung vorhandener Vorräte zu nehmen.“

Repressalien um jeden Preis

Als Beweis dafür, daß die Nazibefehle zu Gewalttaten durchgeführt wurden, greifen wir aus der Vielzahl weiterer Dokumente einige deutsche Bekennnismachungen heraus:

Der Militärbefehlshaber in Serbien teilt mit: „Im Dorfe Skela schoß eine kommunistische Bande auf einen deutschen Militärwagen. Das Dorf Skela ist durch Niederbrennen dem Erdboden gleichgemacht worden. Diejenigen männlichen Ortsbewohner, deren Teilnahme an diesem Verbrechen festgestellt worden war, wurden erschossen. 50 Kommunisten wurden an Ort und Stelle erhängt.“

Am 21. Oktober 1941 gab die Stadtkommandantur in Kragujevac folgende Bekennnismachung heraus: „Die feigen und hinterlistigen Ueberfälle in der vergangenen Woche auf deutsche Soldaten, wobei zehn getötet und 26 verwundet wurden, wobei gestöhnt werden. Deshalb wurden für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 und für jeden verwundeten 50 Landesbewohner, zusammen also 2000, erschossen.“

Hunger als Ausrüttungsmittel

Am 6. August 1942 sagte Göring bei einer Besprechung: „Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere. Es ist mir dabei gleichgültig, ob diese Leute wegen Hunger umfallen.“

Frank sagte in seinem Tagebuch am 9. Januar 1941: „Der größte Teil der Polen nimmt nur etwa 600 Kalorien zu sich, während der Normalbedarf eines Menschen 2000 Kalorien beträgt. Die Bevölkerung ist so weit entkräftet, daß sie eine leichte Beute des Plünderers wird. Wir können den Hunger des polnischen Bauern nur noch so weit verschärfen, daß er kräftig genug bleibt, um sein Feld zu bestellen und die außerdem von ihm verlangten Arbeiten durchführen kann.“

Bei einer Weihnachtsfeier der Polizei im Jahre 1940 sagte Frank: „Kameraden, manche besorgte Mutter mag zum Abschied in der Heimat gesagt haben: Was, zu den Polen gehst du, wo es so viele Läuse gibt und so viele Juden? Man kann natürlich in einem Jahr nicht sämtliche Läuse und Juden austreiben. Das wird im Laufe der Zeit geschehen.“

Willkommene Kunstschätze

Der „Führererblass“ vom 1. März 1942 sagt: „Rosenbergs Einsatzstab hat das Recht, alle Bibliotheken, Archive, Logen und andere ideologische und kulturelle Einrichtungen aller Art an entsprechendem Material zu durchsuchen und dieses Material für die ideologischen Aufgaben der NSDAP zu konfiszieren.“

Was unter dieses „ideologische Material der NSDAP“ fiel, erklärt der Bericht des SS-Obersturmführers Dr. Foerster vom 10. November 1942: „Eine reiche Ernte hatten wir in der Bibliothek der ukrainischen Akademie für Wissenschaft, wo die größten Kostbarkeiten, persische und chinesische Pergamente, russische und ukrainische Chroniken, die Erstaubgaben russischer Schriftsteller und seltene Werke russischer Künstler beschlagnahmt wurden. Aus den Museen von Kiew wurden im besonderen Werke russischer Maler, Bilder und Portraits, nach Berlin geschafft.“

„Befriedigungsaktionen“

Der Befehlshaber einer SS-Brigade berichtete über eine durchgeführte „Befriedigungsaktion“:

„Wir trieben die Frauen und Kinder in die Sumpfe, doch das ergab nicht den gewünschten Effekt, da die Sumpfe nicht tief genug waren, daß man in ihnen ertrinken konnte. Reichsführer SS Himmler hält die Zahl der getöteten Zivilpersonen für zu geringfügig und hat erklärt, daß es notwendig sei, radikal durchzugreifen.“

In einem Rezept zur Herstellung von Seife aus Menschenfett, die im anatomischen Institut in Danzig hergestellt wurde, heißt es: „Man nehme fünf Kilogramm Menschenfett, zehn Liter Wasser, tausend Gramm Soda. Das Ganze lasse man zwei bis drei Stunden kochen, dann wird das Wasser abgeschüttelt, frisches hinzugegeben und nochmals aufgekocht. Das Ganze wird später in eine Form gegossen.“

Eines der erschütterndsten Dokumente, die dem Gericht vorgelegt wurden, ist die in sachlicher Weise vorgelegte planmäßige Massenvernichtung in den Gaswagen. Diese Gaswagen waren unter der Bezeichnung bereits so bekannt, daß sie als „Toedekisten“ bezeichnet wurden. In einem Bericht des SS-Untersturmbannführers Becher heißt es u. a.:

„Die Wagen der Gruppe D habe ich als Wohnwagen tarnen lassen, indem ich auf jeder Seite Fenster anbringen ließ, wie man sie oft in den Bauernhäusern auf dem Lande sieht. Die Wagen waren so bekannt geworden, daß sie meiner Meinung nach auch getarnt nicht länger verheimlicht werden können. ... Durch das unebene Gelände haben sich im Laufe der Zeit die Abdrückungen und Nietstellen gelockert. Ich habe daher angeordnet, bei den Versammlungen alle Männer vom Wagen möglichst fernzuhalten, daß sie durch evtl. ausströmende Gase gesundheitlich nicht geschädigt werden.“

Ueber die sofort nach der Besetzung der östlichen Länder vorgenommenen Exekutionen liest man in den amtlichen Berichten:

„Es war von vornherein zu erwarten, daß allein durch Prognose das Judenproblem im Ostland nicht gelöst werden konnte. Es wurden daher durch Sonderkommandos umfangreiche Exekutionen in den Städten und auf dem Lande durchgeführt. Die Gesamtzahl der in Litauen liquidierten Juden beläuft sich auf 71 105. In Lettland sind bisher insgesamt 39 000 Juden exekutiert worden. Alleins wurden in Riga unschuldig gemacht. Die Festnahme aller männlichen Juden über 16 Jahre ist fast abgeschlossen. ... In kurzer Zeit wird Estland judenfrei sein.“

Die Zustände in den Konzentra-

tionslagern werden durch die folgende Anordnung erheilt, die SS-Oberführer Eicke, der ehemalige Lagerkommandant von Dachau, erlassen hat. Ueber die Anwendung des „dritten Grades“ heißt es dabei:

„Der dritte Grad kann gegen Kommunisten, Marxisten, Bibelforscher und polnische und russische Faulenzer angewendet werden. Er besteht aus folgenden Methoden: Sehr einfache Kost, Wasser und Brot, hartes Lager, Dunkelzelle, Verhinderung des Schlafes, Exerzieren bis zum Zusammenbrechen, aber auch Prügel.“

„Die humanste Kriegführung“

Man könnte diese Aufzählung der Dokumente über Seiten und Bände fortsetzen. Aber das bleibt einer späteren Berichterstattung überlassen. Wir wollen zum Abschluß noch einige Auszüge aus dem stenographischen Protokoll einer Sitzung auf dem Obersalzberg am 22. August 1939 anführen, in der Hitler an die Oberbefehlshaber eine Ansprache hielt:

„Unsere Stärke ist unsere Schnelligkeit und unsere Brutalität. Dschingis-Khan hat Millionen Frauen und Kinder in den Tod gejagt, bewußt und fröhlichen Herzens. Die Geschichte sieht in ihm nur den großen Staatengründer. ... So habe ich einstweilen nur im Osten meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmerzig und mitleidslos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen. ... Die Gelegenheit ist günstig wie nie zuvor. Ich habe nur eine Sorge, daß mir Chamberlain oder irgend so ein Saukerl im letzten Augenblick mit Vorschlägen kommt. Er fliegt die Treppe herunter und wenn ich ihn persönlich vor den Augen aller Photographen in den Bauch treten muß. ... Der Angriff und die Vernichtung Polens beginnt am Sonntag früh. Ich lasse ein paar Kompanien in polnischer Uniform in Oberschlesien oder im Protektorat angreifen.“

Ob die Welt mir das glaubt, ist mir egal. Für sie, meine Herren, winken Ruhm und Ehre, wie seit Jahrhunderten nicht mehr. Sehen Sie hart und seien Sie schonungslos, handeln Sie schneller und brutaler als die anderen. Die Bürger Westeuropas müssen vor Entsetzen erbeben. Das ist die humanste Kriegführung. Und nun ran an den Feind.“

(Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstige Versprechung. Er tanzte wie ein Wilder herum.)

Die Verteidigung

Fortsetzung von Seite 2

Jacksons. Trotzdem sei die Luftwaffe im Jahre 1939 noch nicht kriegsbereit gewesen. Wie konnte Göring dann dem deutschen Volk die Versicherung geben, er werde dafür sorgen, daß die deutschen Städte von schweren Luftangriffen verschont bleiben sollten? fragte Jackson, und Bodenschatz entgegnete, man hätte die Entwicklung damals noch nicht voraussehen können. Außerdem sei es im ganzen weniger ein Luft- als ein Funkkrieg gewesen und die Feindseite habe eine gewisse funktionsfähige Ueberlegenheit gehabt.

Auf die Frage, ob also Göring Hitler über die Güte der Luftwaffe irreführt habe, erklärt der Zeuge, daß davon nicht die Rede sein könne. Hitler habe die Schwächen der Luftwaffe gekannt.

Jackson: „Göring versprach, das deutsche Volk vor den Luftangriffen der Alliierten zu schützen, hatte er denn überhaupt die Mittel dazu?“ — Bodenschatz: „Wir versuchten, durch den Einsatz von Flak und Störsevern etwas gegen die Angriffe zu tun, aber es war sehr schwer, etwas Wirkungsvolles zu unternehmen. Göring versprach jedoch, der Angriffe Herr zu werden.“

Jackson legte eine Notiz des Zeugen über eine Konferenz von Offizieren der Luftwaffe vom 2. September 1936 vor, in der Göring erklärte, die Lage sei sehr ernst. Ab heute sei „höchste Einsatzbereitschaft“. Die Rüstung für die Luftwaffe müsse so intensiv betrieben werden, als sei bereits mobil gemacht. Er, Göring, übernehme dafür die volle Verantwortung.

Die Judenpogrome

Jackson wandte sich dann noch einmal den Judenpogromen zu. Auf die Frage, wie Göring von den Ausschreitungen erfahren habe, erklärte Bodenschatz, daß der Angeklagte durch die Presse davon erfahren und sich wenige Tage später bei Hitler über diese Vorfälle beschwert habe. Ein solches Vorgehen, so habe Göring erklärt, sei wirtschaftlicher Unsinn und bedeute eine Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland.

Sie erklären uns, fuhr Justice Jackson fort, Göring sei über die Judenpogrome sehr bestürzt gewesen, können Sie sich erklären, wieso er dann am 12. November eine Verordnung herausgab, die den Juden die Zahlung einer Buße von einer Milliarde Mark auferlegte, ihre Versicherungen beschlagnahmte und sie aus dem deutschen Wirtschaftsleben vertrieb? „Darüber weiß ich nichts Genaues“, sagte der Zeuge und Justice Jackson bedendete damit das Kreuzverhör des ersten Entlastungszeugen der Verteidigung.

KUNST UND WISSENSCHAFT

Planmäßiger Aufbau

Von Architekt Hans Mitzlaff, Heidelberg.

Wir bringen nachstehenden Beitrag aus befreundetem Munde, in der Erwartung, damit eine Anregung zu geben und die Dinge in befruchtender Diskussion zur Reife zu führen.

Der Kampf um die nackte Existenz verdrängt alle weitschauenden Pläne. Jedoch das Chaos verlangt nach Formung im Sinne einer Weiterentwicklung. Der erreichte Nullpunkt bietet die große Gelegenheit. Jetzt müssen die Probleme der Sanierung unserer Städte angepackt werden, um die seit vielen Jahrzehnten diskutiert wurde und deren Lösung an der Trägheit des Geistes scheiterte. Diese Lösung ist abhängig von der Neugestaltung unseres gesamten Lebens und eine Folge der Überwindung jener Schwierigkeiten, in die wir dank einer reaktionären Verknüpfung der Probleme geraten sind.

So ist Städtebau nicht nur die Regelung von Fragen der Anordnung der Gebäudegruppen, Freiflächen, Verkehrsflächen und der Festlegung von Bauzonen, die Stadt ist nicht nur ein Stück Land mit Häusern und Straßen und all dem, was sonst dazu gehört. Das Maß ist der Mensch, seine Bequemlichkeit, sein Glück. Die Wohnungen, Fabriken und Parks sind Dinge, die dem Menschen helfen sollen zu leben.

Allerdings bedrängen uns heute schlimmere Sorgen. Noch sind wir nicht in der Lage, das zu übersehen, was das Schicksal uns alles zu tragen gibt, noch leben wir nicht in unserer vollen Realität. So kommt man leicht in Versuchung zu deprimieren, sich aufs Ausflücken zu verlieren. Auch fehlt unter den heutigen Umständen der Elan zu einem großen Plan. Hinzu kommt, daß der heranwachsenden Generation — betrogen um die Teilnahme an den großen Fragen unserer Zeit — noch die Vorstellungen mangeln, die nötig sind, um produktiv mitzuwirken.

Und doch müssen wir die Probleme schon jetzt anpacken. Wenigstens im Planen. Es besteht die Gefahr, daß wir sonst in den jetzt zu schaffenden Provisorien stecken bleiben, uns in den Trümmern einrichten und unsern Nachkommen bestenfalls ein romantisches Chaos hinterlassen.

Wir müssen schon jetzt einen fortschrittlichen Plan machen. Die Erkenntnisse dazu sind bereits gefunden und entwickelt aus der Kritik an dem alten Rahmen, in dem sich unser städtisches Leben abspielte. Wir kennen die technischen Möglichkeiten, wir haben einen klaren organisatorischen Sinn, um unseren Lebensraum neu einzurichten. Wir werden wieder ein Ziel haben, wenn es auch nur darum geht, uns den Ausgangspunkt zu schaffen, von dem aus wir die Arbeit beginnen können.

Der Städtebauer darf jedoch nicht für sich allein in seiner Klausur planen, sondern er muß die Einwohner selbst durch ihre Vertretung an dem Projekt mitarbeiten. Aber sie müssen sich klar sein darüber, wie sie ihr Leben leben wollen, müssen die sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Grundgedanken entwickeln. Es gibt auch Leute, die fragen: Warum einen so umgestaltenden Plan machen? Nun, es ist leicht, mit den Dingen zufrieden zu sein, wenn man in einem guten Stadtviertel wohnt und dazu noch am Wochenende aufs Land fliehen kann.

So ist die moderne Städteplanung erst in letzter Linie eine Aufgabe

der Formung durch den Architekten und Städtebauer. Eine große Zahl von Bedingungen, die voraus geklärt sein müssen, liegen ihr zu Grunde:

1. Die klare Vorstellung einer Lebensführung.
2. Die Forderungen einer zeitgemäßen Organisation.
3. Das Verständnis für die Möglichkeiten unserer Technik.
4. Das Verkehrsproblem.
5. Die hygienischen Erkenntnisse.
6. Bestehende und zukünftige Verhältnisse soziologisch untersucht mit Hilfe von Statistik.
7. Studium der landschaftlichen und baulichen Gegebenheiten.

(Schluß des Aufsatzes folgt in der nächsten Ausgabe.)

Deutsche Klassiker als Wegbereiter

Analog unserer außenpolitischen Bedeutungslosigkeit stehen wir vor der Tatsache einer Isolierung auf künstlerischem Gebiet. Wenn man schon gelegentlich deutsche Klassiker aufführt, so trennt man sie doch noch scharf von den heutigen deutschen Menschen. Nachdem vor 1933 ein internationales Musikfest ohne deutsche Klassiker undenkbar war, berührt es doch schmerzhaft, daß bei der im Mai d. Js. stattfindenden Prager Veranstaltung der Name eines deutschen Komponisten oder Dirigenten fehlt.

Eine der besten Möglichkeiten, um dem Ausland wieder nahe zu bringen, ist die Kunst. In unserer klassischen Musik haben wir der ganzen Welt etwas zu geben. Sie wird auch immer befruchtend zur wahren Völkerverständigung beitragen. Es berechtigt jedoch zu Hoffnungen, wenn erste Bühnen der Welt die großen deutschen Klassiker wieder interpretieren lassen.

Die Nazis haben den lächerlichen Versuch unternommen, auch unsere Klassiker auf ihre Art zu deuten und zurechtzumachen. Die Welt und der objektive deutsche Musikfreund gingen über diesen undiskutablen Versuch kommentarlos hinweg. Denn an den wirklich Großen sind die „Tausendjährigen“ immer gescheitert. Man denke beispielsweise an Richard Wagner. Während seines ganzen Lebens revolutionierte er gegen einen zu großen Zwang des Staates auf die Lebensführung des einzelnen.

Wenn wir in der modernen Musik 1933 mit der Weiterentwicklung stehen geblieben sind, so führen doch unsere Klassiker zu dieser im Ausland weiterentwickelten modernen Tonkunst hin. Wir werden auch nie behaupten wollen, daß nur deutsche Komponisten die ausschlaggebenden Formen der Musik waren, was in den letzten 15 Jahren dem deutschen Volke eingepaukt wurde. Aber als Mitgestalter in der Entwicklung der Tonkunst wurden und werden die deutschen Klassiker jedenfalls in der ganzen Welt geliebt und verehrt.

Löst also eine Jahrhunderte alte Kunst nicht eher auf die wahre Mentalität eines Volkes schließen, als zwölf Jahre richtungsloser Irrweg? Daß wir hart büßen müssen für die Verbrechen, die an der gesamten Welt verübt wurden, muß jedem einleuchten. Aber wenn wir uns auf unsere Tradition als wahre Kulturnation besinnen, wird uns das Ausland eines Tages wieder anerkennen. Unsere Künstler können noch nicht unmittelbar zur übrigen Welt sprechen, aber unsere Klassiker werden ein gutes Sprachrohr dafür sein, den Boden zu einer Verständigung zu bereiten.

Kulturnotizen

Wechsel im Rektorat der Münchener Universität

Der bisherige Rektor der Münchener Universität, Geheimrat Prof. Dr. Albert Rehm, hat den bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner um seine Entlassung gebeten. Der Ministerpräsident hat die Entlassung angenommen und Rehm von seiner Tätigkeit entbunden. Der bayrische Kultusminister hat mit Genehmigung des Ministerpräsidenten den Geheimrat Prof. Dr. Karl Vossler mit der vorläufigen Leitung des Rektorats der Münchener Universität beauftragt. (DANA)

Die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, die im Jahre 1864 in Westfalen ins Leben gerufen wurde, ist mit Genehmigung und Unterstützung der britischen Militärregierung in Arraberg neu gegründet worden. (DANA)

Karl Ebert, der frühere Darmstädter Intendant, später an der Charlottenburger Oper, arbeitet gegenwärtig in leitender Stellung an der Umorganisation der englischen Oper in London.

Ernst Wiecherts neuestes Werk, das demnächst im Zinnen-Verlag München erscheint, führt den Titel „Der Totenwald“. Es ist ein dichterischer Bericht aus dem Konzentrationslager Buchenwald, in dem Ernst Wiechert inhaftiert war. Dieser Bericht, erschien inzwischen in einer Schweizer Ausgabe im Verlag Rascher, Zürich.

Kammermusik und Rezitation

Stamitzquartett (Konzertdirektion Metzger)

Kammermusik in erlebter Form interpretierte das Stamitzquartett mit den Herren Roman Schimmer, Otto Sedlmayr, Frieder Baetz und Kurt Friedrich.

Bei der Programmgestaltung interessierte vor allen Dingen der zweite Abend mit Mozart, Ravel und Dvorak. Kammermusik ohne Mozart ist kaum denkbar. In seinem Quartett in G (K. V. 387) beweist er uns von neuem durch die Innigkeit, die Geistesfülle, die höhere Schönheit der Melodie durch die dramatische Charakterisierung und vor allem durch die meisterhafte Beherrschung der musikalischen Form, die seinen Werken innewohnen, daß er das größte musikalische Genie von Natur aus ist. Den unbestrittenen Höhepunkt des Abends bedeutete Ravels Streichquartett in G. Diese unerhörte plastische Klangmalerei des Hörers packen. Ravel erhebt den flüchtigen Eindruck der Dinge zum musikalischen Problem, er legt mit kühner Geste alle Grundlagen der Melodie, der Thematik und Kontrapunktik hinweg, ohne dabei ins Atonale zu gleiten. Gerade sein klarer, nüchterer Realismus, frei von allen Konzeptionen und Hemmungen, muß den Hörer in seinen Bann zwingen. Nach dem tiefen Erlebnis dieses Werkes mußte A. Dvoraks Streichquartett in Es, op. 51, die in kammermusikalischer Form gebrachte künstlerische Verfeinerung der slawischen Volksweise am Ohr vorbeiplätschern wie ein murrendes Bach, nachdem vorher das Brausen eines alles mitreißenen Sturmwindes vorübergegangen war. Warum wurde Ravel nicht als krönender Abschluß dargeboten? Der Eindruck auf den Hörer wäre noch nachhaltiger gewesen.

Gerade bei der schwierigen Interpretation Ravels überzeugte das Quartett von dem disziplinierten und technischen vollkommenen Grad der Zusammenarbeit, die bei der Sonderklasse atemte. Den begeisterten Hörern dankten die Herren mit einer Zugabe in Form des ersten Satzes eines Werkes von P. Tschaiikowski.

Könnte nicht der Kulturbund bis wir in Karlsruhe über ein einigermaßen gleichwertiges Quartett verfügen, sich

Neue Literatur

„Die weiße Weste“

„Die weiße Weste“, das demnächst in Dresden uraufgeführt wird und an weiteren Bühnen anschließend zur Aufführung gelangt, erscheint in Kürze als Buch im Zinnen-Verlag, München.

Professor Bergius lebt!

In zahlreichen deutschen Zeitungen ist dieser Tage die Meldung in mehr oder weniger großer Aufmachung erschienen, daß Professor Dr. Friedrich Bergius, der berühmte deutsche Chemiker, in Pittsburgh im Staate Pennsylvania im Alter von 61 Jahren gestorben sei. So ehrenvoll alle diese Nekrologe klingen, so wenig stimmen sie mit der Tatsache überein, mit der nämlich, daß Prof. Bergius gar nicht tot ist, sondern sich am Leben befindet.

1942 bis 43 wohnte er in Berlin und übersiedelte dann nach Oesterreich, wo er sich bis zum heutigen Tage aufhält. Er weilte zuerst in Velden am Wörther See, wo ein Forschungsinstitut im Aufbau war, und lebt heute teils in Gastein, teils in Salzburg. C. F.

Kammermusik und Rezitation

eine solche Gemeinschaft für Konzertabende verpflichtet? Gerade für die Kulturbundgemeinde, deren überwiegender Teil sich aus den Kreisen der Arbeiterbevölkerung zusammensetzt, ist das Beste eben gut genug. Ng.

Französische Dichtersünde

Der Volksbund für Dichtung hatte am Sonntagmittag zu einer seiner Dichterstunden eingeladen, die zu einer freudig erwarteten, gewohnheitsmäßigen Einrichtung geworden sind.

Diesmal waren es Arbeiten französischer Dichter, die zum Vortrag gelangten. Fabeln von La Fontaine eröffneten das Programm. Ihre tiefe Lebensweisheit ist heute so wahr wie zur Zeit ihrer Entstehung vor annähernd drei Jahrhunderten. Besonders eindrucksvoll die bekannteste von ihnen: „Der Rabe und der Fuchs“, wovon keine wörtliche deutsche Übersetzung gegeben, sondern eine Fassung Luthers und Lessings neben die La Fontaines gestellt wurde, Gelegenheit zu fruchtbaren Vergleichen.

Es folgten Gedichte von Verlaine und Baudelaire, unterbrochen durch eine kurze Novelle Maupassants „Das Menuett“. Ihre scharfe Realistik hob sich wirksam aus der bunten Farbigkeit der Verse heraus, die in ihrer Auswahl ein sehr charakteristisches Bild der hinter ihnen stehenden Dichterpersönlichkeiten vermittelten.

Dem deutschen Text lagen Übersetzungen verschiedener Verfasser, vielfach die schönen Nachdichtungen Stefan Georges zu Grunde. Daß sich die Übersetzungen Maria Pinazzis, der französischen Rezitatorin der Veranstaltung, dabei behaupteten, spricht für die Güte dieser Leistung. Sehr fein getroffen nach Wortklang und Inhalt war auch die deutsche Wiedergabe von Baudelaire's Réveries (Gegenpole) in der Fassung von Professor Plank, dem Rektor der Karlsruher Technischen Hochschule.

Friedrich Prüter trug mit gewohnter Meisterschaft in deutscher Sprache vor. Es war eine Freude, neben ihm Fräulein Maria Pinazzi als Sprecherin zu hören. Ohne theatralische Gebärden wußte sie mit starkem Temperament die melodische Kraft der französischen Sprache zur vollen Wirkung zu bringen. Eine nachklingende Stunde! Dr. A.

Neue Literatur

Aus der Vielzahl der Monatschriften tritt uns „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Eröffnet liegt uns das erste Heft von „Der Aufbau“, die kulturpolitische Monatschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (Berlin) als eine jener Neuschöpfungen entgegen, denen wir das Vertrauen in ihren bleibenden Wert auf den Weg geben können. Von den vier bis jetzt erschienenen Hefen liegen die Nummern 1 und 2 vor uns. Die Fülle bedeutender Namen des In- und Auslandes vermittelt das kräftigste Bewußtsein eines uns innewohnenden Wertes.

Obwohl er nichts davon verstand!

„Hermann Göring, dieser Bulle“, so nannte ihn der Psychopath Rudolf Heß vor einigen Jahren, als er in einer Rede die Vitalität und Energie Görings pries. Ein Bulle — keine unzutreffende Kennzeichnung. In der Massigkeit des etwas schwammigen Gesichts mit der zu klein geratenen Nase, in dem stiertückischen Blick der rotunterlaufenen Augen, in der tierhaften Dumpfheit und doch animalischen Wachsamkeit des Ausdrucks, wenn er sich auf der Anklagebank fegelt, in der Wichtigkeit des schweren Körpers schließlich sind sprechende Bestätigungen des Vergleichs gegeben.

Brutale Tatkraft, die gleichsam mit der Körpermasse Hindernisse oder Gegner überbrannte, Skrupellosigkeit bei geistiger Horizontenng und schließlich eifriger Geltungsdrang waren die Triebfedern dieses Göring, die ihn eine fast beispiellose politische und wirtschaftliche Machtposition erringen ließen. Als Politiker kam er nie aus der geistigen Sphäre des durchschnittlichen politisierenden kleinen Leutnants heraus, eine wirtschaftliche Position errang er,

obwohl er — wie Schacht erbittert feststellte — von Dingen der Wirtschaft nichts verstand!

Wovon verstand er eigentlich etwas? Mag sein, daß der keineswegs bekannte Flieger des ersten Weltkriegs die technischen Fortschritte des Flugwesens mit mehr als Laienverständnis verfolgte, daß er imstande war, sie zu verstehen und auf Grund technischen Begriffens zu fördern. Auf allen anderen Gebieten aber, für die er maßgeblich zeichnete, fehlte ihm jede fachliche Qualifikation. Betrachten wir seine Zuständigkeiten: Dem Luftmarschall sind einige, wenn auch nicht überragende Kenntnisse zuzubilligen.

Der Reichsbeauftragte für den Vierjahresplan, der Industrielle der Reichswerke Hermann Göring usw., verstand nach fachmännischem Urteil von Wirtschaftsdingen nichts.

Der Reichsforstmeister war ein Laie im Forstwesen, der Reichsjägermeister nicht mehr als ein Sonntagsjäger.

Seine Berechtigung, im Theater- und Schauspielwesen tonangebend zu sein, leitete er ab aus seiner Ehe mit der Schauspielerin Emmy Sonnemann.

Diese Ehe beleuchtet das Wesen Görings schlaglichtartig. Denn das war der

Traum des kleinen, vermögenslosen und primitiven Leutnants wilhelminischer Prägung: Geld, viel Geld, prächtige Uniform und die Geliebte vom Theater.

Der nach dem Kriege seiner militärischen Umgebung entrissene Leutnant fand in Hitlers Partei die Möglichkeit, seinen militaristischen und machtsüchtigen Neigungen zu fröhnen. Das Mißlingen des Hitlerputsches von 1923 brachte nur eine Verzögerung. Darnach ging der Weg zu Macht und Geld beständig aufwärts. Die Macht brachte das Geld, und Geld und Macht erlaubten die Pracht. Die kleine Leutnant-Eitelkeit feierte Orgien. Die Brust bot nicht mehr Platz für die Ordensammlung.

Links Lammeta, rechts Lammeta und der Bauch wird immer fetter, so sangen die Berliner Jungen einen Spottvers. Ob Göring wußte oder fühlte, daß seine Uniformierungsleidenschaft belacht wurde —, es hemmte die Eitelkeit nicht, die aus der Luftmarschalluniform in die Partei-Uniform, aus dieser in die des Forstmeisters oder in das hirschederle Koller fuhr, in dem er, Sau-spieß in der Hand, mit Vorliebe in Karinhall empfing. Auch in Zivil kam der kleine Leutnant zum Vorschein. Weißes Gamaschen und der vorn hoch-

geklappte weiche Hut, das war seine Vorstellung ziviler Eleganz.

Der zweite Leutnantstrauß wurde verwirklicht. Die blonde Theaterheroine — ganz „statiöses Weib“, wie es im Leutnantsjargon hieß — wurde Geliebte und später die seidenumhüllte, perlenbehängte Gattin.

Die Besitzereitelkeit verlangte nach Ausdruck. Ein Künstler wurde berufen und erhielt Idee und Auftrag. Und so malte er Europa mit dem Stier; das heißt die nackte Emmy Göring als Europa, malerisch im Grün gelagert, während ihr der weiße Stier Zeus — ach was Zeus! — während ihr der Bulle Hermann Göring nahte. Wandert es jemand, daß das Bild ausgestellt und preisgekrönt wurde? Begeistert gelobt von der deutschen Presse, ging es über in den Besitz des Herrn Reichsmarschall Hermann Göring.

Europa Emmy und Zeus Hermann aber, mythologisch im Bilde vereint, schmückten den Marmorpalast des jowianischen Volkstribunen. Und auch an diesem Palast prangte ein Zeichen Göringscher Eitelkeit: die schwarze eiserne Panzerfaust Götzens von Berlichingen. In dieser Hausmarke, wie er es nannte, fand Göring Ersatz für das schmerzlich vermählte Wappen des feudalen Leutnants.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberger Prozeß genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberger Prozeß genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberger Prozeß genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberger Prozeß genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberger Prozeß genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

Dieser „Mann aus guter Familie“, wie er gelegentlich im Nürnberger Prozeß genannt wurde, dieser Mann in hohen Staatsstellungen, benahm sich würdevoll und wie ein Narr. Daß er außerdem als Verbrecher handelte, ist sattsam bekannt. Seine Narrheit liebt ihn in anderen Ländern der Mächtigkeit überliefert und ihn unmöglich gemacht. In Deutschland war er der Mächtigsten einer. Nicht nur, weil er die Macht in der Hand hatte und sie brutal gebrauchte, nicht nur, weil er es verstand, sich notfalls zu bewitzeln und den Biedermann zu heucheln, sondern weil er die primitive Verkörperung der arrivierten Leutnantsautorität und des kleinen Leutnants war, der Generationen hindurch das Ideal aller jener bildete, bei denen der Mensch erst mit dem Leutnant anfing.

Sah an dieser Hausmarke nicht jeder, daß Göring ein Kerl war wie Göring? Und als er sich nach der Schlächterei des Sommers 1934 mit einem umgehängten Bärenfell fotografieren ließ, war das nicht jedem klar, daß Göring ein zweiter Hermann der Cheruskar war, der die Römer schlug? Schlug nicht auch Göring die „Röhmer“? Welches Wortspiel zugleich mit jenem Foto propagiert wurde.

DAS WORT DER JUGEND

Gedanken zur Berufswahl

Nur kurze Zeit ist es noch bis zur Schulentscheidung, nur eine geringe Weile also für einen ganzen Jahreslauf von 14jährigen Buben und Mädchen, in der sie und mit ihnen ihre eigenen Entscheidungen ihres Lebens zu treffen haben. In einigen Jahren werden diese jungen Kinder zu der großen Menge des schaffenden, werktätigen Volkes gehören, auf dessen Schultern die so überaus schwere Aufgabe liegt, die so überaus wichtigen Aufgaben der Welt zu bewältigen, die uns auf dem weiten Weg zu bauen, in der Menschen nicht nur eben noch existieren, sondern auch etwas wie Daseinszweck empfinden können. Es ist selbstverständlich, daß vor dem Entschließen eines bestimmten Berufsweges als erstes die Frage nach der Eignung und Neigung des jungen Menschen auftaucht. Sie spielt für die persönliche Lebensgestaltung eine ganz ausschlaggebende Rolle. Denn der Beruf soll ja für ihn bis zu einem weitgehenden Grade Berufung sein. Der Mensch will und soll sich in der Tätigkeit seiner Arbeit. Es soll ihm aus seinem Tagewerk, an das er seine ganze Kraft setzt, auch Befriedigung zufließen, Freude über das Gelingen. Er soll sich durch sein Handeln der Gemeinschaft verbunden fühlen und sich selbst und seiner Leistungsfähigkeit vertrauen können. Das heißt nicht nur Lohn und Verdienst, sondern auch die Seinen. Das macht ihn zu einer Stelle auch immer, zum wahren Mitglied seines Volkes. Freiheit ist es nur verhältnismäßig wenige Berufe, die ihrer Veranlagung nach für einen einzigen, bestimmten Beruf geeignet erscheinen, etwa der hochbegabte Musiker. Für die meisten steht die Wahl zwischen einer ganzen Reihe verschiedener Berufe offen.

Es ist ihnen damit Gelegenheit gegeben, sich der volkswirtschaftlichen Lage anzupassen, denn es ist ja ausgeschlossen, daß etwa alle jungen Rationenmechaniker oder Maschinentechniker werden, während Wohnungen nicht gebaut oder auch nur instand gesetzt werden können, weil es an den erforderlichen Fachkräften im Bauwesen fehlt. Auch die Jugendlichen ihrer Angehörigen leiden schon unter dem sich noch ständig vergrößernden Mangel an Wohnraum. Wenn sie in einigen Jahren selbst eine Familie werden gründen wollen, wird ihnen diese Schwierigkeit noch sehr viel stärker zum Bewußtsein kommen. Sie sind also nicht nur im Allgemeininteresse, sondern auch in ihrem eigenen, auf diese volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten bei ihrer Entscheidung mit Rücksicht zu nehmen.

Auf diese Fragen wird in einem weiteren Aufsatz eingegangen werden.

Dr. Ch. H.

Hoffnung

Schaff das Tagewerk meiner Hände. Ein Glück, daß ich's vollende! Ich, es laß mich nicht ermatten! Ich, es sind nicht leere Träume: Ich, es sind Stangen, diese Bäume. Ich, es sind noch Frucht und Schatten. (Goethe)

Jugend und Bildung

Eine junge Leserin schreibt uns: Fast 1 1/2 Jahre für die Fortbildung der letzten Zeit liegen hinter uns. Den meisten jungen Menschen ist in diesen Monaten klar geworden, wie viel an volkswirtschaftlichem Wissen, wie auch an allgemeinen Kulturwerten sie sich noch aneignen haben. Dadurch entwickelte sich ein großer geistiger Hunger. Wie froh waren die Schüler und Schülerinnen, als nun endlich auch die Schulen ihre Pforten wieder öffneten, doch so jetzt, nach kurzer Zeit, fällt sich eine kleine Enttäuschung nicht überbergen. Allen läßt es schwer, sich wieder an den alten Trost zu gewöhnen, besonders deshalb, weil in fast jedem Buch die Bücher fehlen. Es wird immer auch von Seiten der Lehrkräfte mehr Geduld bedürfen, bis sich alles wieder eingespielt hat. Bedauern wird vor allem darüber sein, daß der Geschichtsunterricht vollends gestrichelt ist, sowohl in deutschen als auch in der fremden Sprache. Gerade aus einem solchen Unterricht würden die Fehler der 12 Jahre von 1933 bis 1945 klar zu erkennen sein. Außerdem würden aus der Entwicklung der anderen Staaten wertvolle Lehren für den Neuaufbau gezogen werden können. Wäre es nicht möglich, ähnlich wie in den Volkshochschulen, die ja gerade bei der Jugend großen Anklang finden, Geschichtsvorlesungen zu veranstalten? Ich bin überzeugt, daß sich diese den gleichen Erfolg hätten. Vielleicht könnte auch wieder eine Art Schülermiete für das Theater geschaffen werden. Es geht hier weniger um billige Preise, als um die Karten überhaupt. Augenblicklich ist es ja ohne Vorbehalten oder stundenlanges An-

hen kaum möglich, für irgendwelche Vorstellungen Karten zu ergattern. Doch dieses Ansehen verbietet sich jetzt, da die Schule wieder begonnen hat und auf die meisten zu Hause noch manche andere Pflicht wartet, fast vollständig. Gerade der häufigere Besuch des Theaters würde jetzt, da auch wieder ausländische Komponisten und Dichter zu Gehör gebracht werden, der Jugend fremdes Kulturgut näherbringen und dadurch ihren Gesichtskreis erweitern.

Frieder und der Wald

Mein Freund, der Frieder, weiß jetzt schon, was er werden will — Förster. Möge es ihm glücken! Er ist erst 14 Jahre alt, bis zum Ziel hat er noch eine gute Strecke Weges. Im Herbst half Frieder beim Holzschlagen. „Alle fünf Minuten hat es gekracht im Wald“, erzählte er mir. „Es war schrecklich, wie die Bäume niederfielen. Aber die Leute haben nicht nur die dicken Bäume geschlagen, die vom Förster bezeichnet waren, auch junge, armdicke wurden abgeholzt und an die Leiterwagen gesteckt, damit das Holz nicht heraufalle. Wenn das so weitergeht“, sagt Frieder, „ist bald kein Wald mehr da. Der Förster von Moorbach hat mir erzählt, warum die Wälder so wichtig sind. Sie halten die Feuchtigkeit des Bodens fest; ohne dies würden die Quellen und kleinen Bäche austrocknen. Der Wald ist den Feldern und Häusern ein Windschutz, besonders nach der Nordseite hin. Ja und die vielen Tiere, die Hasen, Rehe und Vögel,

was würde aus ihnen, wenn die Wälder kahl abgeholzt sind. An den Rand der Wälder sollten Eichen gepflanzt werden, die halten am besten alle Witterungsbedingungen aus. Viele Nadelholzbäume sollten jetzt gepflanzt werden. Die Leute denken jetzt nur daran, wie sie eine warme Stube und Essen bekommen. Wenn wir aber den Wald nicht wieder anpflanzen und pflegen, dann fehlt er uns in Zukunft. Dann haben wir kein Holz zum Bauen und für Möbel.“ So sprach mein Freund, der Frieder, der Pfleger des Waldes werden will.

Jugenderziehungswerk

Ein Einblick in die Arbeit der Materialprüfungstechnik sollte der Vortrag von Professor Pöschel von der Technischen Hochschule vermitteln. Eine große Anzahl interessanter Lichtbilder zeigte zunächst die stromlose Konstruktion des Mikroskops, das es gestattet, im Auflicht die Strukturveränderungen der Kristallkörner von Metallen bei zunehmender Belastung photographisch festzuhalten. In langer Reihe wurden dann die Vorgänge im Mikropfeife des Stahles von den Gleitvorgängen bis zur schließlichen Deformation und Uberschreitung der letzten Elastizitätsgrenze sichtbar. Vorgänge, die vielleicht in Warmwirkungen ihre letzte Ursache haben. Einen besonderen Genuß bot vorher das Kaleidroskop mit der Wiedergabe des G-Dur-Trios Nr. 5 von W. A. Mozart. Heidi Wette-Knieper, Hans van Gelder und Rolf Knieper stellten ihr hohes Können ganz in den Dienst der musikalischen Gestaltung und Ausdeutung; die beglückten Zuhörer dankten den Künstlern denn auch begeistert für diesen feinen, stillen Mozart. O. B.

Eigenbericht der BNN.

Generalversammlung des ADGB in Karlsruhe

Die Gewerkschaften in Deutschland bilden im gegenwärtigen Zeitalter nicht nur mit dem ausdrücklichen Willen der Militärregierungen den positiven und demokratischen Kern des Neuaufbaus. Auch die erfahrenen Gewerkschaftler der alten Schule sehen in der Gewerkschaft das wichtigste Instrument, um zu Wirtschaftsdemokratie durchzustößen und durch Mitbestimmung in allen sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen an der soziologischen Entwicklung in aller Zukunft entscheidenden Anteil zu nehmen.

Der inzwischen über 20 000 Mitglieder umfassende Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Karlsruhe und Umgebung hielt am 9. März seine erste Delegierten-Generalversammlung ab. Als Gäste waren erschienen: Leutnant Lawson, Arbeitsoffizier der Militärregierung, Landesdirektor Klausmann, Oberregierungsrat Eichenlaub, Leiter des Hauptarbeitsamtes Konz, Gewerbeinspektor Dewald und Arbeits-schlichter Klingele.

Leutnant Lawson, der seit 8. Juni 1945 in Karlsruhe weilte und für die gewerkschaftlichen Dinge zuständig ist, gab zu Beginn der Tagung seiner Freude Ausdruck, daß über 200 Vertreter versammelt seien, um die Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Nach seinen Worten besteht die Absicht, daß jede der 13 Fachgruppen Sätze aufstellt und ihre eigenen Führer geheim und demokratisch wählt. Forderung sei die kleine Einheit in Betrieb oder Fabrik. Die Grundlage der Gewerkschaften bilde die einzelne Fachgruppe. Irgendeine Person, die wünsche, aufgenommen zu werden, müsse auch aufgenommen werden. Die Mitglieder müßten das Recht haben, abzustimmen, ob sie sich mit einer Fachgruppe in Baden und Württemberg verbinden wollten. „Es werde möglich sein, daß sich eine Fachgruppe über Baden hinaus in die Länder Württemberg, Bayern oder Hessen entwickle und eine gewisse Industrie-gruppe bilde. Die Arbeitsämter der Gebiete hätten Anweisungen, wie solche Maßnahmen getroffen werden könnten. Es sei Absicht der Militärregierung, daß eine gute und erste Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geschaffen werde. Die Gewerkschaften in Baden könnten gute Leute stellen für eine politische Regierung. Karlsruhe habe bis jetzt die besten Leute aufzuweisen. Ein großer Teil der Gesamtentwicklung überhaupt werde vom Karlsruher ADGB abhängen. Die Militärregierung wolle beweisen, daß eine demokratische Entwicklung die beste sei, und sie wolle dem ADGB insbesondere keine Hindernisse bereiten. Es sei bekannt, daß er, Leutnant Lawson, alle ihm zu-fallenden Arbeiten mit dem ADGB schnell und gut tue.

Der Geschäftsbericht vom Jahr 1945 lag gedruckt vor. Der Vorsitzende, Kollege Flöber, streifte kurz die Entwicklung gemäß der von General Eisenhower gegebenen Aachener Punkte und führte aus: In 5 Monaten bis zum Jahresende ist eine außer-ordentliche Organisationsarbeit geleistet worden, die es jetzt ermöglicht, sich den akuten Gegenwartsfragen tatkräftig zuzuwenden. Im neu zu

schaffenden Betriebsrätegesetz müssen die alten Kann-Vorschriften verschwinden. In der Frage der Sozialversicherungen haben die Gewerkschaftsvertreter mitzuarbeiten. Besonders aber gilt es, bei der Schaffung einer Wirtschaftsdemokratie mitzuwirken. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht, daß jeder Schaffende sich den Aufgaben der Gewerkschaften zur Verfügung stellt. Wir treiben keine Parteipolitik, wohl aber eine Politik der Wirtschaft und der sozialen Fragen. Die Badische Landesversicherungsanstalt muß für Baden erhalten bleiben. Wir fordern die Vermögen, die uns gestohlen wurden. Damit können wir unseren allen Invaliden Kollegen eine Unterstützung gewährleisten und ihnen die Rechte wiedergeben, die sie sich Jahrzehnte vor der Zerstörung der Gewerkschaften erworben haben. Das Wort Solidarität steht an der Spitze unserer Arbeit.

Hauptkassierer Kollege Nies berichtete über den Stand der Kasse und der Mitglieder. Er konnte sehr erfreuliche Zahlen geben. Karlsruhe steht in ganz Nordbaden an erster Stelle. Man müsse in der Öffentlichkeit bekannt machen, daß keine DAF-Methoden verfolgt werden, sondern daß ehrlich und sauber gearbeitet wird und das Geld der Schaffenden in guter Verwaltung sei.

Den Bericht der Revisoren gab Kollege Hellmann. Er bestätigte die mustergültige Kassenführung und beantragte die Entlastung des Hauptkassierers.

Kollege Kiefer sprach über Organisationsfragen und Aufbau. Er führte aus: Nach der Besetzung von Aachen haben wir durch den ausländischen Rundfunk mit Freude von der Neubildung der Gewerkschaften gehört. Mit der Beendigung der heutigen Generalversammlung haben wir den demokratischen Aufbau des ADGB, Karlsruhe vollendet. Der Schwerpunkt unserer nächsten Tätigkeit liegt bei den Fachverbänden. Sie müssen ihr Eigenleben bekommen. Wir müssen Ortsverwaltungen schaffen. Darüber hinaus ist eine 6-Männer-Kommission gebildet, um die Fragen des Zusammenhanges mit den Bezirken Heidelberg, Mannheim usw. zu behandeln. Der junge Nachwuchs muß herangezogen werden. Wir haben alle dem ureigenen Ziel zu dienen, dem Neuaufbau der Arbeitnehmerorganisationen, und dies besser, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Oberregierungsrat Eichenlaub gab einen kurzen Bericht über die dreitägige Länderkonferenz und über die Beratung im Sozialpolitischen Ausschuß. Die Gewerkschaften müssen zu einer Selbstverantwortung kommen. Mitwirkung in der Betriebsführung und paritätische Zusammensetzung der an Stelle bisheriger Industrie- und Handelskammern zu bildenden Wirtschaftskammern ist unerlässlich. Zu dem Sozialausschuß des Landrates sei auf Antrag als sachverständiger Gewerkschaftler der Kollege Schleicher herangezogen worden, der ausgezeichnete Arbeit leistet.

Ueber Betriebsräte und Wirtschaftsdemokratie sprach Kollege Deck. Der Geist des alten Unternehmertums

Die Stimme der Parteien

Demokratie! Wie Phönix aus der Asche, so ist aus den rauchenden Trümmern der nationalsozialistischen Diktatur die Demokratie aufgestiegen. Zunächst freilich nicht als Wirklichkeit, sondern als Wunsch, nicht als politische Tatsache, sondern als politisches Ziel. Die Demokratie als politische Lebensform steht in Deutschland unter einem ungünstigen Stern. Sie hat in der Vergangenheit für ihre Anrichtigkeit trugen vielerlei jenseitig, zum Teil katastrophalen, das erste Mal 1918, das zweite Mal 1945. Damit erschien sie, wenigstens in der Weimarer Republik, weiten Kreisen des Volkes als vorbelastet. Der Geruch, der ihr vom ersten Tage an anhaftete, wandelte sich in der Giftküche nationalsozialistischer Propaganda zum Gestank und stach schließlich als der Pesthauch eines politischen Kadavers in die Nase.

An der Diffamierung der Demokratie waren aber nicht nur ihre grundsätzlichen Gegner schuld. Ein hohes Maß von Verantwortung für ihre Anrichtigkeit trugen vielmehr jene, die, zu Wortführern der Demokratie berufen, sich als schlechte Schwärter des politischen Ideengutes erwiesen, das ihnen das Schicksal überantwortet hatte. Statt die Hilfsmittel der politischen Erziehung, die gerade das demokratische System in reicher Fülle bietet, zur staatsbürgerlichen Bildung des politisch umständlichen Volkes einzusetzen, mißbrauchten sie sie zu gruppen- und parteipolitischen Zwecken. Statt die Gefahren der demokratischen Lebensform zu vermeiden, ließen sie die Demokratie in hemmungsloser Demagogie, in unfruchtbarer parlamentaristischem Geschwätz, in lächerlicher Parteienzersplitterung und brutalem Massenwahn verkommen.

Wir stehen heute wiederum vor der Aufgabe, unserem Volke eine neue politische Lebensform zu geben. Wenn wir wollen, daß sie wahrhaft demokratisch werde, so müssen wir nicht nur die Fehler und Gefahren der Vergangenheit meiden, sondern in weit höherem Maße als nach dem ersten Weltkrieg die aufbauenden Kräfte der Demokratie klarstellen und einsetzen.

In dem beschränkten Raume politischer Bewegungsfreiheit, der uns noch belassen ist, zeigen sich Ansätze zum Guten, namentlich der Wille und die Tatsache der Zusammenarbeit der politischen Parteien. Daneben erweisen sich aber auch ständig Dinge, die beweisen, wie weit wir noch von echter demokratischer Haltung entfernt sind. Wie vertragen sich z. B. Denunziantentum, Posten-jägerie, Gesinnungszwang und ungerechtfertigte politische Diffamierung mit all ihren wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Folgen mit dem Geiste der Aufrichtigkeit, Mannhaftigkeit und Gerechtigkeit, ohne den die Demokratie nicht leben kann?

Es verlangt ein Riesenmaß politischer Erziehungsarbeit, die schweren Schäden zu überwinden, die unter dem Naziregime unser Volk namentlich auf dem Gebiete des politischen Anstandes erlitten hat, und es gleichzeitig für die Aufnahme des demokratischen Gedankengutes und dessen Verwirklichung reif zu machen.

Dieser Erziehungsaufgabe darf sich weder der Staat, noch eine Partei, noch irgendein anderes Organ des öffentlichen Lebens entziehen. Sie erfordert vor allem ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein des Volksgenossen gegenüber, dessen Wohl über den Partei- oder Gruppeninteressen nie vergessen werden darf, und damit jene rühmliche Selbstbeschränkung, die allein die Freiheit vor der Willkür, der Vorstufe zur Diktatur, zu schützen vermag.

Anton Schwab, Generalsekretär d. Christl.-Dem. Union.

Klassenkampf? Das Wort Klassenkampf war in der Gründzeit der deutschen Arbeiterbewegung entstanden. Es sollte die den schwersten sozialen Bedrückungen ausgesetzte Arbeiterklasse zusammenführen, stark und mächtig machen, damit sie sich den gerechten Anteil am Leben erkämpfe und auch an den kulturellen Werten des Geistes, der Kunst und der Wissenschaft teilhabe. Der sogenannte „Jüdische Stand“ ist einst sehr deklassiert gewesen, wovon sich heute ein moderner Arbeiter oder Angestellter kaum noch einen Begriff machen kann. Daß ein Karlsruher Stadtrat im Jahre 1918 etwa sagen konnte, es gehe dem Arbeiter sehr gut, wenn er täglich für 6 Pfennige Backsteinkasse versperen könne, läßt schon einiges erahnen. Und wer weiß es noch, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun 1918/1919 die Leibelgesellschaft der Arbeiter in Ostpreußen auflöste, die also bis nach dem ersten Weltkrieg bestanden hätte! Der Klassenkampf der schaffenden Menschen hatte in der Weimarer Republik mit der Verfassung, dem Betriebsrätegesetz, den Reichs-tariftverträgen, der Arbeitsgerichtsbarkeit, den Volkshochschulen, den Volkshilfen usw. usw. bedeutende Ziele errungen. Der Kapitalismus und die Reaktionskräfte haben ihre letzten Zwingburgen fallen lassen. Sie riefen auf zur Besitzverteidigung und erstellten das Schreckenspannen der roten Horden, der Marxisten, die sogar dem biederen Metzgermeister seinen Hackfleischverkauf verweigerten. Die soziale Klassenkampf der Besitzenden gegen die Arbeiterführer Hitler die Arbeiter entrechtete und zuletzt aber auch das ganze Volk zu Habenichtsen machte.

Hat das deutsche Volk heute noch einen Klassenkampf zu führen? Sicher nicht mehr. Das schaffende Volk setzt die Zeitforderung einer Wirtschaftsdemokratie naturnotwendig durch und wird daraus sein Recht und seinen Anteil am Leben zu erhalten wissen. Die Sozialisierung der Großindustrie, der Boden-schätze, der Kraftwerke usw. wird die Wirtschaftsgewalt unter die Hebel der gesamten Volkes stellen und sie für friedliche Zwecke dem Fortschritt und der modernen Entwicklung dienlich machen.

Die Sozialdemokratie führt in ihrem besten Kern die schaffenden Klassen kämpfen müßten, um ihrer Menschenrechte willen. Die Freiheiten von Not, Hunger und Furcht aber sind heute die Notwendigkeiten des ganzen Volkes. Die restlichen fragwürdigen Klassen-schranken sind brüchig, sie werden morgen fallen. Wir bauen heute an einem neuen Deutschland, das weder ökonomisch noch geistig noch kulturell Klassen haben wird, wenn wir folgerichtig zu Werke gehen.

Uns trennt nichts von dem. Weil auch dieser ohne sein Einverständnis oder Mitwirken der gemeinsamen Klasse der Bedrückten geht und damit zwangsläufig der allein möglichen Entwicklung in Sozialismus unterworfen sein wird. Sozialismus ist eine Menschheitsidee und war zu keiner Zeit nur Sache der Ärmsten des Volkes.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe. Die von den 13 Fachgruppen für den Erweiterten Vorstand vorgeschlagenen Kollegen wurden mit absoluter Mehrheit gewählt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Flöber, schloß die fast 7 Stunden dauernde und harmonisch verlaufene Generalversammlung mit Freude und Dank für die geleistete Arbeit und mit einem Appell an die Jugend, mit-zuhelfen an den großen sozialen Aufgaben der Gewerkschaften.

Aus der Gewerkschaftsbewegung Gewerkschaftskonferenz in der britischen Besatzungszone. Eine dreitägige Konferenz deutscher Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Teilen der britischen Zone wird heute in Hannover eröffnet. Die Delegierten streben gemeinsame Richtlinien in Gewerkschaftsfragen an und setzen sich für Sondergewerkschaften der verschiedenen Industriezweige gegenüber einer zentralen Gewerkschaft für sämtliche Industrien ein.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101 Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Bau. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet Nachr.-Büro), DNS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

rem Maße als nach dem ersten Weltkrieg die aufbauenden Kräfte der Demokratie klarstellen und einsetzen.

In dem beschränkten Raume politischer Bewegungsfreiheit, der uns noch belassen ist, zeigen sich Ansätze zum Guten, namentlich der Wille und die Tatsache der Zusammenarbeit der politischen Parteien. Daneben erweisen sich aber auch ständig Dinge, die beweisen, wie weit wir noch von echter demokratischer Haltung entfernt sind. Wie vertragen sich z. B. Denunziantentum, Posten-jägerie, Gesinnungszwang und ungerechtfertigte politische Diffamierung mit all ihren wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Folgen mit dem Geiste der Aufrichtigkeit, Mannhaftigkeit und Gerechtigkeit, ohne den die Demokratie nicht leben kann?

Es verlangt ein Riesenmaß politischer Erziehungsarbeit, die schweren Schäden zu überwinden, die unter dem Naziregime unser Volk namentlich auf dem Gebiete des politischen Anstandes erlitten hat, und es gleichzeitig für die Aufnahme des demokratischen Gedankengutes und dessen Verwirklichung reif zu machen.

Dieser Erziehungsaufgabe darf sich weder der Staat, noch eine Partei, noch irgendein anderes Organ des öffentlichen Lebens entziehen. Sie erfordert vor allem ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein des Volksgenossen gegenüber, dessen Wohl über den Partei- oder Gruppeninteressen nie vergessen werden darf, und damit jene rühmliche Selbstbeschränkung, die allein die Freiheit vor der Willkür, der Vorstufe zur Diktatur, zu schützen vermag.

Anton Schwab, Generalsekretär d. Christl.-Dem. Union.

Klassenkampf? Das Wort Klassenkampf war in der Gründzeit der deutschen Arbeiterbewegung entstanden. Es sollte die den schwersten sozialen Bedrückungen ausgesetzte Arbeiterklasse zusammenführen, stark und mächtig machen, damit sie sich den gerechten Anteil am Leben erkämpfe und auch an den kulturellen Werten des Geistes, der Kunst und der Wissenschaft teilhabe. Der sogenannte „Jüdische Stand“ ist einst sehr deklassiert gewesen, wovon sich heute ein moderner Arbeiter oder Angestellter kaum noch einen Begriff machen kann. Daß ein Karlsruher Stadtrat im Jahre 1918 etwa sagen konnte, es gehe dem Arbeiter sehr gut, wenn er täglich für 6 Pfennige Backsteinkasse versperen könne, läßt schon einiges erahnen. Und wer weiß es noch, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun 1918/1919 die Leibelgesellschaft der Arbeiter in Ostpreußen auflöste, die also bis nach dem ersten Weltkrieg bestanden hätte! Der Klassenkampf der schaffenden Menschen hatte in der Weimarer Republik mit der Verfassung, dem Betriebsrätegesetz, den Reichs-tariftverträgen, der Arbeitsgerichtsbarkeit, den Volkshochschulen, den Volkshilfen usw. usw. bedeutende Ziele errungen. Der Kapitalismus und die Reaktionskräfte haben ihre letzten Zwingburgen fallen lassen. Sie riefen auf zur Besitzverteidigung und erstellten das Schreckenspannen der roten Horden, der Marxisten, die sogar dem biederen Metzgermeister seinen Hackfleischverkauf verweigerten. Die soziale Klassenkampf der Besitzenden gegen die Arbeiterführer Hitler die Arbeiter entrechtete und zuletzt aber auch das ganze Volk zu Habenichtsen machte.

Hat das deutsche Volk heute noch einen Klassenkampf zu führen? Sicher nicht mehr. Das schaffende Volk setzt die Zeitforderung einer Wirtschaftsdemokratie naturnotwendig durch und wird daraus sein Recht und seinen Anteil am Leben zu erhalten wissen. Die Sozialisierung der Großindustrie, der Boden-schätze, der Kraftwerke usw. wird die Wirtschaftsgewalt unter die Hebel der gesamten Volkes stellen und sie für friedliche Zwecke dem Fortschritt und der modernen Entwicklung dienlich machen.

Die Sozialdemokratie führt in ihrem besten Kern die schaffenden Klassen kämpfen müßten, um ihrer Menschenrechte willen. Die Freiheiten von Not, Hunger und Furcht aber sind heute die Notwendigkeiten des ganzen Volkes. Die restlichen fragwürdigen Klassen-schranken sind brüchig, sie werden morgen fallen. Wir bauen heute an einem neuen Deutschland, das weder ökonomisch noch geistig noch kulturell Klassen haben wird, wenn wir folgerichtig zu Werke gehen.

Uns trennt nichts von dem. Weil auch dieser ohne sein Einverständnis oder Mitwirken der gemeinsamen Klasse der Bedrückten geht und damit zwangsläufig der allein möglichen Entwicklung in Sozialismus unterworfen sein wird. Sozialismus ist eine Menschheitsidee und war zu keiner Zeit nur Sache der Ärmsten des Volkes.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe. Die von den 13 Fachgruppen für den Erweiterten Vorstand vorgeschlagenen Kollegen wurden mit absoluter Mehrheit gewählt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Flöber, schloß die fast 7 Stunden dauernde und harmonisch verlaufene Generalversammlung mit Freude und Dank für die geleistete Arbeit und mit einem Appell an die Jugend, mit-zuhelfen an den großen sozialen Aufgaben der Gewerkschaften.

Aus der Gewerkschaftsbewegung Gewerkschaftskonferenz in der britischen Besatzungszone. Eine dreitägige Konferenz deutscher Gewerkschaftsfunktionäre aus allen Teilen der britischen Zone wird heute in Hannover eröffnet. Die Delegierten streben gemeinsame Richtlinien in Gewerkschaftsfragen an und setzen sich für Sondergewerkschaften der verschiedenen Industriezweige gegenüber einer zentralen Gewerkschaft für sämtliche Industrien ein.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101 Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Bau. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet Nachr.-Büro), DNS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

